

Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illust. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. A., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorbehalt a. d. s. w. 50%, Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unentzifferter Manuskripte. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o.o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o.o., Poznań).



70. Jahrgang

Mittwoch, 8. Juli 1931

Nr. 153

Urteil im Pfadfinderprozeß

Ein Jahr Gefängnis für Dr. Burckard bestätigt — Mielke und Preuß mit höheren Gefängnisstrafen bestraft

Posen, 7. Juli.

Wie wir bereits gestern mittag in einem Teil unserer Ausgabe mitgeteilt haben, verkündete gestern nachmittag nach 1 Uhr der Vorsitzende des Straßenrats des Posener Appellationsgerichts, Herr Oberlandesgerichtsdirektor Bonisch, das Urteil der Berufungsinstanz im sogenannten Pfadfinderprozeß.

Danach wird die Berufung des Herrn Dr. Burckard verworfen und das Urteil der ersten Instanz, das auf ein Jahr Gefängnis lautet, bestätigt.

Herr Mielke wird zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten verurteilt. Preuß zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten.

In der ersten Instanz, die in Bromberg gleichfalls hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat, wurde Mielke zu drei Monaten Gefängnis und 1200 Zloty Geldstrafe verurteilt. Preuß erhielt damals drei Monate Gefängnis und 800 Zloty Geldstrafe. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet.

In der Begründung, die uns im Wortlaut noch nicht vorliegt, stellt das Gericht fest, daß die ideelle Zusammenarbeit der deutschen Pfadfinder in Polen mit den Pfadfindern in Deutschland, von denen die Deftlichkeit nicht gewußt habe, unter den Paragraphen der Geheimbündelei falle und daher bestraft werden müsse. Dr. Burckard wurden die mildernden Umstände nicht angebilligt.

Den Angeklagten Mielke und Preuß, die wegen unerlaubten Grenzübertritts angeklagt worden sind, wurden gleichfalls die mildernden Umstände verjagt. Der Vorsitzende führte aus, daß das polnische Gesetz wegen unerlaubten Grenzübertritts Gefängnisstrafen von einem Jahr vorsehe. Das Gericht könne sich mit dem milden Urteil der ersten Instanz, das Geldstrafen für diese Fälle vorgesehen habe, nicht einverstanden erklären, darum sei es zu dem erhöhten Strafmaß gekommen.

Wir werden zu dem Urteil noch verschiedene Bemerkungen machen müssen, die in den nächsten

Tagen erfolgen sollen. Heute schon sei aber vermerkt, daß es schwer verständlich erscheint. Wenn wir daran denken, daß z. B. die polnischen Pfadfinder in Deutschland ganz offensichtlich engste Beziehungen zu den polnischen Pfadfindern unterhalten, ja daß sie sogar an den militärischen Ausbildungskursen teilnehmen. Erst in diesem Jahre haben polnische Pfadfinder aus Deutschland Besuche in Polen gemacht. Das Gericht stellt sich auf den Standpunkt, daß schon die ideelle Zusammenarbeit strafbar sei, und mit so hohen Gefängnisstrafen geahndet werden müsse. Wie hoch müßte dann, logischerweise, die praktische Zusammenarbeit der Polen in Deutschland bestraft werden?

Dabei ist zu sagen, daß selbst diese ideelle Zusammenarbeit nicht einmal stattgefunden hat, sondern nur geplant worden ist, eine Tatsache, die nirgends als Geheimbündelei gekennzeichnet wird; denn warum sollte denn die ideelle Zusammenarbeit von Jugendverbänden mit so klaren Zielen, wie sie die Pfadfinderbewegung hat, eine staatsfeindliche Aktion sein? Es sind Gedanken, die uns sehr stark bewegen, und es sind Gedanken, die besonders in England und Amerika das größte Aufsehen erregen müssen. Gerade die Pfadfinderbewegung in England, die ja nach der internationalen Zusammenarbeit — nicht nur ideell — strebt, wird dieses Urteil besonders beachten.

Rechtsanwalt Grzegorzewski hat gegen das Urteil sofort im Namen aller Angeklagten Revision angemeldet. Es ist zu hoffen, daß das höchste Gericht in Warschau diese Revisionsgründe prüft und so entscheidet, wie es diese Männer verdient haben.

Wir wissen und sind innerlich tief davon überzeugt, daß die Verurteilten nicht diese Strafen verdient haben. Sie sind uns als Männer bekannt, die aus reinem Idealismus handeln, die stets ihre Pflicht dem Staate gegenüber erfüllt haben und die nichts begangen haben, was diese hohe Strafe zu rechtfertigen geeignet wäre. Wir glauben mit ihnen an die hohen Ziele der Menschlichkeit, der Verständigung und der Zusammenarbeit. Nichts kann diese tiefe innere Überzeugung erschüttern.

Heute:

Leitartikel: „Die Einigung“.

Das Ergebnis von Paris. — Urteil im Pfadfinderprozeß. — Die politische Siedlungsaktion Polens. — Stalins Reformpläne. — Schreckliches Unwetter im Erzgebirge. — Warschauer Mitteilungen. — Stimmen aus der Sowjethölle. — Nach den spanischen Wahlen. — Stalin für neue Methoden. — Französischer Neumerkantismus. — Amerikanische Sparmethoden.

Beilage

„Recht und Steuern“:

Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts zur Frage der Entschädigung für Ueberstunden. — Wann gelten Verkäufer und Expedienten als geistige Arbeiter? — Sind Verzugszinsen der Einkommensteuer vom allgemeinen Einkommen abzugsfähig?

England wendet sich vor allen Dingen grundsätzlich gegen den französischen Wunsch, daß europäische Länder von Deutschland noch Sachlieferungen erhalten. Es steht andererseits auf dem Standpunkt, daß man Deutschland durch eine großzügige Kreditpolitik erst auf die Beine helfen müsse, bevor überhaupt Diskussionen über eine Erneuerung der Reparationszahlungen stattfinden können.

Die Aufnahme der Einigung über den Hoover-Plan in Amerika

Washington, 6. Juli. (R.) Das Staatsdepartement veröffentlicht heute abend den Wortlaut der letzten französischen Denkschrift zu der Frage des Hoover-Planes.

In der amerikanischen Presse wird die Einigung mit großer Erleichterung begrüßt, dabei jedoch die Tatsache hervorgehoben, daß Hoover jetzt geblieben sei, und es schließlich allen französischen Bemühungen zum Trotz durchgesetzt habe, daß Deutschland während der einjährigen Pause von sämtlichen Reparationslasten befreit bleibe.

Der britische Botschafter in Washington verschiebt seine Abreise

Washington, 6. Juli. (Reuter. — R.) Der britische Botschafter Sir Ronald Lindsay, der bereits für nächsten Mittwoch eine Kabine für die Reise nach England gemietet hatte, hat seine Abreise verschoben. Ein Grund für die Verschiebung seiner Pläne ist nicht angegeben worden.

Pariser Morgenblätter über die französisch-amerikanische Einigung

Paris, 7. Juli. (R.) Zu dem Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Hooverischen Vorschlag äußert sich fast die gesamte Morgenpresse.

„La Republique“ erklärt: Wir können uns zu einem derartigen Ergebnis nur beglückwünschen. Ein Abbruch würde das Signal zur allgemeinen Unordnung gewesen sein. Hoovers Vorschlag stellt einen Beginn dar. Er wird zu nichts dienen, wenn er sich darauf beschränkt, eine Schwächung Deutschlands zu vermeiden, und wenn ihm nicht ein Plan folgen würde, der es Deutschland gestattet, sich wieder zu erheben. Frankreichs Sache sei es, diesen Plan vorzulegen.

Im „Populaire“ schreibt Léon Blum: Hoovers Vorschlag wird nur einen Aufschub bedeuten, wenn er nicht Ausganspunkt einer jäh und methodisch durchgeführten Gesamtkaktion wird. Es geht um den Frieden.

„Deux“ schreibt, daß die französische Regierung sich wohl nicht mit den in Washington abgegebenen beruhigenden Erklärungen des Reichkanzlers über die Verwendung der Einsparungen zufrieden geben werde, sondern die Versicherung zu erhalten gedenke, daß die dem deutschen Budget gewährten Erleichterungen weder zur Heraushebung der deutschen Rüstungen, noch zu einer Art industrieller Inflation verwendet werden.

In diesem Sinne äußert sich auch der offizielle „Petit Parisien“.

„Echo de Paris“ schreibt: Die französischen Minister haben noch gestern einen Abbruch der Verhandlungen befürchtet. Durch äußerste Konzessionen haben unsere Minister das Manöver parieren wollen; aber die Angelegenheit ist noch nicht zu Ende.

„Die Einigung“

Von unserem Berliner Korrespondenten Paul Ring

Hoover hatte sich das sicherlich leichtere vorgestellt. Von dieser Seite hatten die Amerikaner Frankreich wenig kennenzulernen Gelegenheit gehabt. Wieviel Mal hieß es schon in hochoffiziösen Communiqués, man habe sich endgültig geeinigt! Und oft mußte man wieder von vorn anfangen. Und wenn jetzt das Abkommen glücklich unterschrieben wird, wenn nun die Schritt für Schritt Frankreich abgepreßten Zugeständnisse bei jedem juristischen Komma und Punkt noch ein Stück den langen Ringen erforderlich, glücklich zu Papier gebracht sein werden, dann wird bei den amerikanischen Unterhändlern, die so viele, sei es gezwungen höfliche, sei es ärgeliche Worte verlieren mußten, sicherlich ein etwas bitterer Beigeschmack im Munde hinterblieben sein. Noch bis vor kurzem war das Sinnbild Frankreichs, wie es in Amerika gesehen wurde, eine Liebe, etwas kapriziöse und geschmeidige, aber doch sehr freundliche Marianne. Das Sinnbild der störrischen, rantippenhaften Marianne blieb Deutschland vorbehalten. Man glaubte bis noch vor kurzem in Amerika und England, daran sei das deutsche Bildfeld und nicht das Objekt schuld. Um so nachdrücklicher ist jetzt die Desillusion.

Besonders stark ist diese Desillusion in England. Was Frankreich in diesen Wochen an, wohl eingefärbten und in diplomatischen Formen gekleideten, innerlich aber um so heftigeren Grobheiten zu hören bekam, hat alle Erwartungen überstiegen. Es wäre sicherlich falsch, diesen Umschwung in der englischen öffentlichen Meinung mit dem Begriff der politischen Taktik zu erschöpfen. Etwas Urenglisches hat sich ereignet, politisch und psychologisch. In der ihm eigenen kaltblütigen Ruhe, so Tragheit hat der Engländer die ganze Zeit über das französische Temperament über sich ergehen lassen. Er hat etwas kopfschüttelnd dem Ruhreindruck zugehört, aber sich gesagt, bei solchen Dingen läuft man sich von selbst die Hörner ab. Etwas ärgerlicher mußte er schon dem Abfluß englischen Goldes in die Tresors der Bank von Frankreich zusehen, aber er empfand den französischen Druck auf das englische Pfund doch noch wie einen ungezogenen Nasenstüber, den man mit wohlgezogenen höflichen Gesten, verbindlich lächelnd abtut. Das Scheitern der Flottenverhandlungen wurde schon mit etwas eisigem Schweigen quittiert; indes nach der Zollunion schickte man sich wieder in ausharrende Geduld und hoffte auf die einträgliche Rolle des Maklers. Mit richtiger Einschätzung der englischen Psychologie hat Brüning nun die Parole der „fünf Minuten vor zwölf“ ausgespielt. Im letzten Augenblick rafft der Engländer sich gewöhnlich zum Handeln auf. Und insbesondere, da jetzt sein starker Partner Amerika den entscheidenden Run begann, ärgert er sich böse über jedes Hindernis, das von den Franzosen gestellt wird. Beim Sportgefühl kennt er keinen Spaß mehr, und hier empfindet er es beinahe ebenso wichtig, wie wenn seinem Derbyfavoriten irgend jemand mit ungehobelter Hand das Ziel versperren würde.

Aber die Lage ist natürlich nicht nur sportlich-politisch auch vom englischen Standpunkt aufzufassen. Es handelt

Das Ergebnis von Paris

Die Besprechungen über den Hoover-Vorschlag

(Telegramm unserer Berliner Vertretung)

Pr. Berlin, 7. Juli.

Die Besprechungen der französischen und amerikanischen Unterhändler, die gestern den ganzen Tag über dauerten, haben in den späten Abendstunden ihren Abschluß gefunden. Aus Washington und Paris wird gleichzeitig bekannt, daß das Felerjahr nunmehr offiziell ist. Die Presse aus Washington teilt offiziell mit, daß Frankreich alle amerikanischen Vorschläge angenommen habe. Gleichzeitig teilt die Pariser Presse mit, daß die Amerikaner alle französischen Vorschläge angenommen haben. Schon hieraus ist zu ersehen, daß sie bis zum letzten Augenblick ihre Siege zu vergleichen versuchten, und wie aus den Einzelheiten des Abkommens zu entnehmen ist, sind tatsächlich eine Reihe von Punkten offen geblieben. Ueber die Einzelheiten des Abkommens gibt ein Communiqué Aufschluß in einigen Punkten, die aufgeführt werden. 1. Die Zahlungen der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 werden aufgehoben. 2. Das Reich wird die ungeklärten Annuitäten zahlen. Frankreich ist damit einverstanden, daß die Summe dieser Zahlungen des Garantiefonds bei der deutschen Reichsbahn angelegt werde. 3. Die aufgehobenen Zahlungen sind innerhalb von zwölf Jahren zu amortisieren, wobei die Amortisation nach zwei Jahren, also am 1. Juni 1933, beginnt.

In drei Punkten erkennt die französische

Regierung an, daß sie die amerikanische Regierung nicht betreffen. Hier gibt die französische Regierung eine Erklärung ab (die allerdings von den Amerikanern stillschweigend angenommen wird): a) eine gemeinsame Aktion der Hauptnotenbanken durch Vermittlung der Bank für internationale Zahlung soll zukünftig in den europäischen Ländern organisiert werden, die besonders durch die Aufhebung der Zahlungen leiden würden; b) eine Einigung zwischen der Bank für internationale Zahlungen und Frankreich über den Garantiefonds ist herbeizuführen; c) die Frage der Sachlieferungen werde durch ein Komitee von Experten studiert werden, die auf die tatsächlich technisch notwendige Verringerung der Punkte des Abkommens im Geiste des Präsidenten Hoover abzustimmen sind.

Trotz der stark verklausulierten Bedingungen ist doch zu ersehen, daß in den Verhandlungen der amerikanische Standpunkt vollkommen durchgedrungen ist, mit Ausnahme des einen Punktes wegen des Rückzahlungstermins, in welchem die Amerikaner von der ersten Forderung von 25 Jahren auf 12 Jahre zurückgegangen sind. Das kann aber nicht über den allgemeinen Eindruck hinwegtäuschen, daß die Amerikaner ihren Standpunkt durchgesetzt haben, und so hofft man, daß bald eine Revision des Young-Planes in Angriff genommen wird. England befürwortet bekanntlich eine sofortige Reparationskonferenz zur Verringerung des Garantiefonds und der Sachliefe-

sich um einen tatsächlichen Anlauf in der englischen Außenpolitik, zu dem die Reparationsdebatte nur der Auftakt ist. Die Abrüstung ist die leitende, man kann fast sagen „feste Idee“ Englands, hier liegt die wirkliche Partnerschaft mit Hoover, hier hat Henderson das Mandat aller Parteien, und es sieht fast so aus, als mache hierzu die konservative Partei der Labour-Regierung die Bahn frei in der, wiederum echt englischen Erkenntnis, daß die Labour-Party besser als jede andere englische Partei geeignet sei, die als steuerpolitische und außenpolitische Entlastung notwendige Abrüstung durchzuführen. Deshalb bringen die Ereignisse, die ihn früher vielleicht kalt ließen, den Engländer jetzt aus der Ruhe. Deshalb ist die Zuspitzung in Paris, trotz der verheerenden Einflüsse, die sie finanzpolitisch auf die Lage in Deutschland hat, doch vielleicht kein ungünstiges Omen für den bevorstehenden Austrag auf noch wichtigeren Feldern. Die Ungeheuerlichkeit der sonst so vielgewandten französischen Diplomatie darf nicht falsch verstanden werden, aber um so bedeutsamer erscheint sie, wenn sie richtig verstanden wird: Frankreich verteidigt alle seine Positionen gegen einen konzentrierten Angriff, der weit tiefer schürft als in den Paragraphen des Youngplans.

Wohin die Entwicklung geht, erläutern einige Sätze aus dem letzten Leitartikel von Garvin im unabhängigen „Observer“. Nachdem Garvin feststellt, daß nach Baldwins „sentimentales“ Verständnis für Frankreichs Sicherheitswünsche übertrieben sei, denn Frankreich bedrohe mit seiner Luftflotte die ganze Welt; während es durch ungeheure Forts gegen einen deutschen Angriff zu Lande durchaus geschützt sei, heißt es in seinem Artikel: „Frankreich verlangt, daß das Arrangement von 1919, das Resultat geistigen Kudbel-Muddels einer unnormalen Atmosphäre, heilig sein müsse, und daß die heutige Geographie für ewig stereotypisiert wird. Diese Forderung ist lächerlich und fatal zugleich. Denn alle Friedensverträge haben bisher den Samen neuer militärischer Konflikte abgegeben... Der Artikel 19 kann kein toter Buchstabe bleiben, wie das Frankreich wünscht.“ So geht es in noch vielen ähnlichen Art durch den ganzen Artikel. In Unterstützung dieser These, die durchaus nicht nur von unabhängigen Politikern, sondern in recht deutlicher Weise von der englischen Regierung, vor allem aber von Hoover vertreten wird, hat Brüning nun dem amerikanischen Botschafter in Berlin erklärt, daß Deutschland in keiner Weise daran denke, die gestundeten Beträge für Rüstungszwecke zu gebrauchen. Dem Teil der französischen Presse aber, die hierbei gleich die Forderung anstößt, Deutschland müsse den Panzerkreuzerbau aufgeben und die Zollunion aus dem Haag zurückziehen, antwortet die Berliner Presse prompt und erkaunt: Was wünscht Frankreich, Revision der Verträge, die Deutschland die paar Panzerkreuzer und das Haager Gericht noch gelassen haben?

Unterdessen kommt aus Paris die Nachricht von neuen Schwierigkeiten bei den amerikanisch-französischen Verhandlungen. Man wird wiederum diese Schwierigkeiten nicht überschätzen dürfen. In allen Punkten ist eine Einigung erreicht, es geht nur noch um die Sachlieferungen. Hoover verlangt, daß Frankreich, wenn es die Sachlieferungen für sich und seine Alliierten weiter empfangen will, den Betrag hierfür Deutschland in Form einer Anleihe bezahle, denn Moratorium sei eben Moratorium, und irgendeine Zahlung Deutschlands während des Feierjahres widerspreche dem Sinn des Hoover-Planes. Man sieht, daß Hoover nicht weniger hartnäckig ist als die französische Regierung. Und wenn Snowden, der „eiserne“ englische Schatzkanzler, noch lange sich nicht mit der Lösung in der Frage des Garantiefonds einverstanden erklärt und von England immer wieder der Gedanke der Reparationskonferenz lanciert wird (wohlgeachtet nach Zustandekommen des amerikanisch-französischen Kompromisses), so ist ersichtlich, daß die Pariser Einigung, die wohl in aller Kürze zustandekommen dürfte, noch lange keine Einigung zwischen den Westmächten im wirklichen Sinne dieses Wortes

sein wird. Der Kampf um die einzelnen Vertragspunkte zum Hoover-Plan ist nur ein Vorpostengefecht der Revision der Schulden und Reparationen, die noch im Juli auf einer Konferenz zur Sprache kommen dürfte. Und die Vereinigung des Schuldenproblems ist nur ein notwendiger Auftakt zur Auseinandersetzung über das weit wichtigere und schwierigere

Problem der Abrüstung. Es ist schon durchgesiegt, daß Italien für diese Konferenz die Rolle des Angreifers übernommen hat. Für Henderson, der den Vorsitz führen muß, für Amerika, das offiziell draußen bleibt. Ob auch für Deutschland, das nicht viel mehr zu verlieren hat als seine Fesseln, wird die Zukunft lehren.



Enthüllung des Stresemann-Ehrenmals
Reichsaussenminister Dr. Curtius während seiner Ansprache vor dem Denkmal

In Anwesenheit zahlreicher Gäste wurde am Sonntag das Stresemann-Ehrenmal in Mainz feierlich enthüllt. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, hielt die Gedächtnisrede; anschließend hielt Reichsaussenminister Dr. Curtius eine Ansprache.

Hochwasserkatastrophe im Erzgebirge

Johanngeorgenstadt, 7. Juli. (N.) Ein gestern nachmittag über den Ortshafen Tugel, Wittigsthal und Breitenbach niedergegangener Wolkenbruch hat erheblich größeren Schaden angerichtet als ursprünglich angenommen wurde. Man schätzt ihn insgesamt auf 15 Millionen Mark. Die drei genannten Ortshafen bilden nur noch einen wüsten Trümmerhaufen. Viele Häuser sind eingestürzt, wobei ein Arbeiter von den Trümmern erschlagen wurde. Zwei Kinder werden noch vermisst. Sie sind vermutlich ums Leben gekommen. Die große Eisenbetonbrücke in Wittigsthal wurde von den Wassermassen zerstört und abgetrieben. Auf der Strecke von Breiten-

bach bis Antonstal ist die Talstraße teilweise aufgerissen.

Die ganze Eisenbahnstrecke von Schwarzenberg bis Johanngeorgenstadt muß als völlig vernichtet angesehen werden. In den Ortshafen drang das Wasser in die Keller ein, und die Bewohner mußten sich in einigen Fällen in die oberen Stockwerke retten. Außer den Telegraphenleitungen sind auch Masten der elektrischen Überlandtrasseleitung umgerissen worden. Zahlreiches Mobiliar wurde vom Wasser fortgeschwemmt. Wie weiter verlautet, sind auch die Gas- und Wasserleitungen durch die Gewalt der Wassermassen zerstört worden.

Die politische Siedlungsaktion Polens

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 7. Juli.

In einem Leitartikel bespricht heute die „Gazeta Warszawska“ die Siedlungsaktion in Polen. Das Blatt beginnt mit einem Hinweis auf die Siedlungstätigkeit Deutschlands und deren Erfolge, und kommt dann auf die Siedlungstätigkeit in Polen zu sprechen, wobei es im besonderen auf die Verhältnisse in Westpolen eingeht. Die „Gazeta Warszawska“ behauptet, daß das Liquidationsabkommen, das von der Mehrheit diktiert worden sei, vom Liquidationszwang zahlreicher deutsche Güter befreie, die ihm entsprechend im Versailler Vertrage unterliegen hätten.

Dadurch wäre eine Befestigung des deutschen Besitzstandes in Polen eingetreten. Die Niederlassungsklausel des deutsch-polnischen Handelsvertrages eröffne außerdem den Deutschen die Möglichkeit einer Kolonisierung Polens mit einer Welle von deutschen Ansiedlern, besonders in den Westgebieten. Außerdem entwickeln die Berliner Banken eine rege Tätigkeit, um die deutschen Ansiedlungen in Westpolen zu unterstützen. Es sei bekannt, daß zahlreiche polnischer Besitz in Rußland in deutsche Hände übergegangen sei. Die Deutschen bemühen sich besonders, Ansiedlungsstellen in der Nähe der Eisenbahn Obererschlesien-Gdingen zu schaffen. Polnischerseits hingegen sei die polnische Siedlungstätigkeit in den Westgebieten völlig stillgelegt. Hier wäre noch sehr viel zu tun. Polen stehe vor der riesigen Aufgabe, die Nationalitätenverhältnisse in den Wojewodschaften mit gemischter Bevölkerung zu ordnen, wo der natürliche Prozeß einer Kolonisierung seit Jahrhunderten vor sich gehe. Es muß diesem Prozeß jedoch eine größere Planmäßigkeit gegeben werden und eine stärkere Durchdringung politischer zivilisierter Ziele. Polen, das in seinen Grenzen einen bedeutenden Prozentsatz nichtpolnischer Bevölkerung umfaßt, muß auf dem Wege der inneren Kolonisierung

seiner Nationalitätenstruktur eine größere Einheitlichkeit verleihen, und den Staat stärker mit den Gebieten verbinden, die zwar zu der Republik Polen gehören, aber eine gemischte Bevölkerung haben.

Die „Gazeta Warszawska“ gibt durch diese Forderung ausdrücklich zu, daß die Siedlungstätigkeit in Westpolen von hervorragendem politischen Gesichtspunkt ausgeht. Diese Feststellung dürfte für die Beurteilung von Klagen der deutschen Grundbesitzer bezüglich der politischen Auswertung der Agrarreform von deutschem Besitz in Polen und Pommerellen, von Wichtigkeit sein. Diese Klage liegt bekanntlich dem Völkerbundsrat in Genf seit 2 Jahren vor.

Der Autostreik auch in Warschau beendet

Warschau, 7. Juli. (Eig. Telegr.)

Gestern vormittag ist der Autostreik auch in Warschau beendet worden. Jedoch, wie aus einem Communiqué des Verbandes der Autotaxenbesitzer hervorgeht, ist der Streik nur vorläufig unterbrochen worden und wird wieder aufgenommen, wenn die Regierung ihre gegebenen Versprechungen nicht halten sollte. Die Antwort der Regierung soll Anfang der nächsten Woche eintreffen.

Heute vormittag sollen die Autotaxenbesitzer über eine Sitzung des Ministerpräsidenten benachrichtigt werden, auf der die Vertreter der Regierung und Vertreter der Autotaxen- und Autotaxenbesitzer die neue Novellierung des Wege- und Steuergesetzes besprechen wollen. Wie die „Gazeta Warszawska“ zu melden weiß, hat der Verlauf des Autotaxen- und Autotaxenstreiks in Polen sich sehr zu Ungunsten auf die Stellung des Ministers für öffentliche Arbeiten, Normid-Neugebauer, ausgewirkt. Es verläutet, daß der Minister wird seinen Abschied nehmen müssen. Gegenwärtig befindet sich Minister Normid-Neugebauer in Urlaub. Als zukünftigen Kandidaten für seinen Posten nennt man Oberst Meyer.

Lettlands Minderheitenpolitik im englischen Urteil

Die nationalstatische radikale Enteignungsaktion lettischer Parteien besonders gegen die deutschen Staatsangehörigen, beginnt auch über Deutschland hinaus im Auslande Aufsehen zu erregen und den bisher so guten Ruf der lettischen Minderheitenpolitik zu gefährden. Der „Economist“ vom 18. 6. 1931, die bekannte englische Wirtschaftszeitung, äußert sich folgendermaßen:

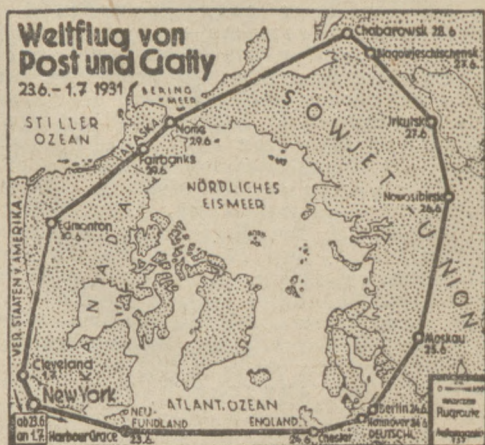
„Beunruhigende Nachrichten über die augenblickliche Lage in Lettland sind kürzlich nach London gekommen. Im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege war Lettland, zusammen mit Estland und Finnland, eine Oase im östlichen Europa, in welcher die regierende nationale Mehrheit und die nationalen Minderheiten sich verhältnismäßig friedlicher Beziehungen zueinander erfreuen konnten. Diese relativ glückliche Lage war hauptsächlich in dem staatsmännlichen Verhalten der lettischen Regierung begründet, die 1919 ein Schulgesetz erließ, das den deutschen, jüdischen, polnischen und russischen Minderheiten Schulaufnomie garantierte. Infolge dieser Einstellung haben die Minderheiten, besonders die deutsche Minderheit, mit der Regierung zusammengearbeitet und sind in Koalitionskabinetten vertreten gewesen. Später aber begannen sich nationalstatische Tendenzen zu zeigen; deutsche und polnische Güter wurden enteignet, und im Jahre 1928 wurde eine Maßnahme getroffen, die frühere Soldaten deutscher Nationalität vom Recht auf Land, welches an alle anderen ehemaligen Soldaten der lettischen Armee, die im Befreiungskriege mitgekämpft hatten, verteilt werden sollte, ausschloß. Die erfolgreiche Durchführung dieser ganz ungesunden diskriminierenden Maßnahme gegen Mitglieder einer Minderheit hat jetzt den lettischen Chauvinisten Mut gemacht, denselben gefährlichen Weg weiterzugehen. Augenblicklich tobt eine Campaigne gegen die polnische Minderheit in einem Teile des Landes, und gleichzeitig werden Schritte unternommen, um die deutsche Domkirche in Riga zu expropriieren, und Grundstücke die den historischen deutschen Gilden gehören, zu enteignen. Man braucht keine tiefe Kenntnis Osteuropas, um einzusehen, daß diese ganze Politik eines antiminderheitlich eingestellten Nationalismus zugleich gefährlich und ungerecht ist. Lettland ist durch Vertrag verpflichtet, seinen Minderheiten gegenüber fair zu sein und sie weder auf kulturellem, religiösem oder wirtschaftlichem Gebiet unterschiedlich zu behandeln. Die jetzt getroffenen und in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen scheinen dem unvoreingenommenen Außenstehenden höchst diskriminierend, unfair und chauvinistisch zu sein. Aber Lettland kann es sich aus internen Gründen nicht leisten, rücksichtslos mit den Minderheiten zu verfahren, die ein Viertel seiner Bevölkerung ausmachen, und nicht aus internationalen, Vertragsverpflichtungen zu misstrauen, welche den Großmächten gegenüber, u. a. auch diesem Lande, eingegangen worden sind. Wenn diejenigen, die Lettlands Politik kontrollieren, klug sind, werden sie die jetzigen Pläne aufgeben, die Gefahren, in dem trüben Wasser osteuropäischer Politik zu fischen, meiden und zu dem früheren glücklichen Zustand zurückkehren, als Lettland, statt einer bösen Mode zu folgen, anderen Ländern ein Beispiel für die Vorzüge eines klugen und gerechten Verhaltens den Minderheiten gegenüber gab.“

Der Wojewode von Lemberg zum Unterstaatssekretär ernannt

Warschau, 7. Juli. (Eig. Telegr.)

Der Präsident der Republik hat den Wojewoden von Lemberg, Bronislaw Nalowiec, von dem Posten des Wojewoden befreit und ihn zum Unterstaatssekretär im Ministerpräsidentium ernannt. Diese Ernennung entspricht einer Beförderung zum Vizepräsidenten. Der Posten des Vizepräsidenten ist bekanntlich seit der Berufung des Obersten Hierack zum Innenminister vakant. Eine besondere Ernennung zum Vizepräsidenten wird jedoch nicht erfolgen.

Der neuernannte Unterstaatssekretär Nalowiec-Nalowiecki entstammt einer früheren russischen Beamtenfamilie. Er ist im vergangenen Jahre viel genannt worden, da er in der Hauptsache die Befreiungsaktion in Ostgalizien, bei der die ukrainische Bevölkerung für Sabotageakte bestraft wurde, geleitet hat. Sein Vorgänger auf dem Lemberger Wojewodenposten, Graf Soluchowski, den man mit der Durchführung der Befreiungsaktion betrauen wollte, hat dies jedoch abgelehnt. Der neuernannte Unterstaatssekretär wurde im letzten Monat mit dem Namen des Gefängnisinspektors von Brejt-Litomski, dem neuernannten Wojewoden von Nowogrod, genannt. Man führt die Beförderung auf den persönlichen Wunsch des Marschalls Pisudski zurück.



Abfahrt des ersten Ferien- finderzuges

erst. Posen, 7. Juli.

Am gestrigen Montag ging vom Posener Hauptbahnhof der erste Ferienfinderzug um 22.30 ab. Schon eine Stunde vorher war der Bahnsteig IV dicht besetzt. Um die Gruppennummern sammeln sich die Kinder mit ihren Eltern. Erst kam das „geschäftliche Anmelden“, die Kinder stellten sich vor, beargwöhnten ihre Koffer, denn sie waren in ihrem Selbständigkeitsgefühl gestärkt, und sie nehmen ja die große Reise sehr wichtig. Ueberall leuchtende Blicke. Die Eltern sehr besorgt, damit auch die Kleinen möglichst gut ankommen. Unter humorvoll klingenden Worten wird den künftigen Mut gemacht, und in Wirklichkeit schlägt manches Mutterherz doch bang, während der Vater knurrend seine Gefühle verdrückt.

Und dabei ist das alles, was so Elternsorge ist, nicht notwendig. Mit welcher Sorgfalt werden die Kinder betreut! Wie ausgezeichnet hat der Wohlfahrtsdienst unter Leitung von Herrn Lic. Dr. Kammel und Frau Krieger wieder alles vorbereitet! Da ist auch an alles gedacht, und wenn manche Menschenfinder auch da noch einen schwarzen Fleck finden, wo der allerbeste Wille herrscht, so wird das alles bald von Dankbarkeit abgelöst sein. Unsere Lieblinge gehen einmal hinaus aus dem Alltag, aus den Mauern der Stadt in eine schöne und beglückende Gotteswelt. Ans Meer fahren die Einen, wo sie mit den Wellen im erfrischenden Spiel sich balgen, wo sie im Sande nach Herzenslust buddeln können, ohne daß die gute Mutter gleich über schmutzige Hosen schimpft. Ins Gebirge fahren die anderen, in die reine gesunde Luft der Höhe, wo der Blick geweitet wird, und wo die Seele sich voll Schönheit trinkt.

Nach allen deutschen Gauen fahren unsere Kinder, und sie lernen einmal kennen, wie das Land aussieht, aus deren Schoß die Eltern und Vorfahren stammen, und das dann am meisten geliebt und bewundert wird, wenn wir fern von ihm weilen. Durch deutsche Städte und Dörfer, über Täler und Höhen geht die Fahrt, an den Rhein hinab, in den Schwarzwald, nach Bayern, nach Thüringen, ins Erzgebirge und an die See, den Traum, den jedes Kind sich erträumt. Wie strahlend werden die Augen erst blicken, wenn sie zum ersten Male die unendliche Fläche sehen, die jeden Augenblick die Farbe wechselt, die in ihrer unendlichen Einsamkeit doch so neu und so abwechslungsreich erscheint. Die Kleineren, die ihre erste Fahrt machen, werden die Augen ganz weit aufreißen und werden glauben, es sei ein Märchen aus einem herrlichen Buch. Und überall wird sie Sorgfalt und Liebe umgeben, überall, wir haben es an den vielen Schwestern, die die Kinder betreuen, gesehen. Ueberall umgibt sie das große Gefühl der Gemeinsamkeit, das Gefühl, daß alle Deutschen in der Welt eine große Einheit sind, die nur dann wirken kann, wenn die liebende Zusammengehörigkeit sich zeigt.

So schnell gehen die Abschiedsminuten vorbei. Es wird immer aufgeregter, schließlich sitzen sie alle. Es ist schade, daß es Wagen dabei gab, die alles anders als bequem sind, und die die Fahrt unserer ganz Kleinen Lieblinge besonders schwer machen werden, aber auch das wird vorübergehen. Kurz vor der Abfahrt, noch schnell ein Abschiedsküßchen, noch ein Händedruck, die Töchter drücken den Vater noch die Luft aus dem Hals, die Jungen küssen etwas wehmütig der Mutter die Hand. Manche sind wurschtig und manche gerührt. Die Lobzer Kinder interessieren sich noch für die Flugzeuge, die da Nachtflüge unternehmen, sie haben den Abschied seit vier Stunden hinter sich, und nun interessiert sie nicht mehr viel, als zu beobachten und zu sehen. Die Türen werden geschlossen. Das Signal. Der Zug setzt sich langsam in Bewegung. Tücher flattern, Händchen winken aus den Fenstern noch einen Gruß, noch eine Kußhand, „Auf Wiedersehen!“ — und

dann donnert der Zug die Gleise entlang. Nach Westen. Nach Deutschland.
Kommt uns glücklich und gesund wieder, neu gestärkt für das neue Schuljahr, und holt euch neue Lebensfreude! Auf Wiedersehen!

Deutscher Landwirt wird von einem Offizier mit der Reitpeitsche geschlagen

& Pleschen, 5. Juli. Der Landwirt B. aus Ludwina stellte am 4. Juli einen Waggon Steine nach Taczanów ab. Als er sich mit seinem schwer beladenen Wagen auf der Straße Pleschen-Taczanów befand, marschierte hinter ihm das 70. Inf.-Regt. von Pleschen zu einer Übung aus. Er wurde angerufen, links auf dem Landweg zu fahren und das Regiment rechts vorbeimarschieren zu lassen. Er tat es nicht; erstens weil die Last zu schwer war und zweitens weil er sich nach Fahrordnung rechts zu halten hatte. Sein Wagen wurde nun angehalten und gewaltsam auf den Landweg gehoben, wo er stehen bleiben mußte, bis das ganze Regiment vorbei war. Herr B. wurde mit dem einschnürenden Kosenamen „z kurwy syn“ (Surensohn) belegt. Außerdem erhielt er von einem Oberleutnant mit der Reitpeitsche einen so kräftigen Hieb über den Kopf, daß ihm die Wade durchgeschlagen wurde und er fast blutete. Es ist unerhört, daß ein Mensch, der sich genau an die Vorschriften hält, deshalb beschimpft und mißhandelt wird. Wir vertrauen, daß dieser Offizier vom Regimentsschmittanten zur Verantwortung gezogen wird. Herr B. will die Sache nicht ruhen lassen, bis der Schuldige seine Strafe erhält.

Schadenfeuer im Kreise Kolmar

Kolmar, 7. Juli. Bei dem Landwirt Heinrich Wendland in Zacharyn entbrach ein Feuer, das die Scheune im Werte von 6000 Zloty einäscherte. Das Feuer übertrug sich auch auf die Gebäude des Landwirts Bernhard Kopp. Die Scheune, der Stall mit sämtlichen landwirtschaftlichen Geräten verbrannten.

Raubüberfall

Schildberg, 7. Juli. In die Wohnung des Landwirts Johann Hoffmann in Bierzowo drangen vier Banditen ein, die vorher die Tür aufgebrochen hatten. Unter vorgehaltenem Revolver erzwangen sie die Herausgabe des Bargeldes (218 Zloty), dreier Anzüge, eines Pferdegeschlagers, Brot, Butter und Speck, um dann die Flucht zu ergreifen. Hoffmann mit seiner Frau und Tochter hatten bereits geschlafen. Er will einen der Täter erkannt haben.

Einbrecherbande vor Gericht

em. Posen, 6. Juli. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Proszcy hatten sich die Arbeiter Ludwik Łuczak, Johann Gierka, Feliks Pietrzak und Tischler Josef Wilgomicz wegen Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Dr. A. Nowosielski. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, gemeinsam in der Nacht vom 13. zum 14. Februar d. Js. in der Umgegend von Neutomischel verschiedene Einbrüche verübt zu haben. Unter anderem drangen sie, nachdem sie die Fensterhebeln eingebrückt hatten, in die Geschäfte der Sofie Hynka und Sofie Kaczmarek in Bytomysl, Kreis Neutomischel, ein und entwendeten dort verschiedene Kleingüter im Werte von über 1000 Zloty. Außerdem brachen sie in das Lokal des Anton Kaczmarek ein und entwendeten dort verschiedene Flaschen mit Spirituosen, und aus dem Stall des Landwirts August Stranz eine fette Gans und ein Kaninchen. Ein Teil der gestohlenen Sachen wurde bei den Angeklagten Łuczak und Pietrzak vorgefunden. Bei der heutigen Verhandlung geben die Angeklagten die Tat zu, versuchen aber die Schuld auf den „Kameraden“ abzuwälzen. Die Beweisaufnahme erwies jedoch die Schuld der Angeklagten. Als Anführer der Bande wird Łuczak überführt. Nach längerer Beratung wurde Łuczak und Pietrzak zu je einem Jahre, Wilgomicz zu 6 Monaten und Gierka zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Angeklagten Gierka wurde die Strafe auf Grund des Amnestiegesetzes geschenkt.

Motorradunfall bei Kulm

Thorn, 6. Juli (Pat.) Gestern ereignete sich bei Kulm ein Motorradunfall, bei dem die Gattin des Generaldirektors aus Kulm, Frau Anna Bonin, ums Leben kam. Das Ehepaar Bonin kam von einem Ausflug heim, als unter das Motorrad ein Hund lief, der den Unfall veranlaßte. Das Motorrad schlug in voller Fahrt um. Bonin kam mit leichten Verletzungen davon, während seine Gattin auf die Chaussee geschleudert wurde. Sie erlitt einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Wieder in der Warthe ertrunken

Posen, 7. Juli. Obwohl immer wieder gewarnt wird, Schwimmtunten mögen nicht in ihnen nicht ganz bekannten Gewässern baden, kommt es doch immer wieder zu Badeunfällen. Gestern kam in Staroleka Hrl. Celine Korytowska beim Baden in der Warthe in eine Untiefe, in die sie sofort versank. Ihr Vater, der sich in der Nähe aufhielt, eilte ihr sofort zur Hilfe, aber selber konnte sich nur mit Mühe vor dem Ertrinken bewahren. Ruderern gelang es dann, die 18jährige Mädchen aus dem Wasser zu holen. Die Wiederbelebungsversuche, die die sofort herbeigerufenen ärztliche Bereitschaft veranlaßte, blieben leider ohne Erfolg.

Polen versucht den Touristen- verkehr zu heben

Aus Warschau wird gemeldet, daß das Verkehrsministerium mit der Zegluga Polska eine Vereinbarung getroffen hat, die den Besuch Polens durch ausländische Touristen fördern soll. Danach ist die Zegluga Polska angewiesen, das Ministerium zu benachrichtigen, wenn im Gdinger Hafen ausländische Touristen mit einem Dampfer in größerer Anzahl eingetroffen sind. In diese Touristen will man herantreten, um sie zum Besuch Polens zu veranlassen. Bei einer genügenden Zahl von Meldungen sollen dann nach Gdingen besonderer Züge mit Schlafwagen geschickt werden. Diese Züge fahren direkt nach Warschau und dann wieder nach Gdingen zurück. Man hofft dadurch zu erreichen, daß besonders die kurzfristigen Ausflüge nach Polen eine erhebliche Steigerung erfahren.

Eine gründlichere Neuerung wäre unseres Erachtens einfach eine Herabsetzung der Reisegebühren, aber auch der Pässegebühren; denn auch der Touristenverkehr unterliegt dem Gesetz der Gegenseitigkeit. Noch wirksamer und weniger kostspielig wäre eine zuvorkommendere Behandlung der Touristen, die das Polnische nicht beherrschen, und die darum gezwungen sind, sich mit Hilfe der deutschen Sprache, die ja überall in Polen beherrscht wird, zu verständigen. Obwohl anerkannt sein soll, daß der „Dienst am Kunden“ auch in den polnischen Behörden schon allmählich eingedrungen ist, wird doch noch viel zu oft Klage geführt darüber, daß ganz besonders in den Grenzübergangsstellen deutschsprechende Personen sich eine unmögliche Behandlung gefallen lassen müssen.

Bromberg

ht. Immer wieder Verkehrsunfälle. Das waghalsige, überhastete Fahren auf dem Motorrad hat wiederum einen schweren Unfall zur Folge gehabt. Gegen 15.45 Uhr nachmittags besaß sich der Privatbeamte Jedryt in Begleitung eines anderen Motorradfahrers, des Leutnants B., auf dem Heimweg aus Jordan. Eine Panne zwang ihn jedoch zu einem kurzen Aufenthalt auf der Chaussee. Am den inzwischen vorausgeeilten Mitfahrer wieder einzuholen, brachte er seine Maschine auf Höchstgeschwindigkeit. Als er dann kurz hinter seinem Bekannten in die Kaiserstraße einbiegen wollte, verlor er die Herrschaft über sein stark schleuderndes Rad und fuhr in scharfem Tempo auf den Bürgersteig gegen die Mauer des Sädhäuses. Die Folgen des Zusammenpralls waren furchtbar. Blutüberströmt brach J. zusammen. Im Beiwagen schaffte ihn Leutnant B. ins Lazarett. Seine Verletzungen sind sehr ernst. — Während des Motorradrennens am Sonntag stürzte der Reinfahrer Stamezyk so unglücklich, daß er bewußtlos auf der Aschenbahn liegen blieb. Zum Glück hat er jedoch, wie die später vorgenommene Untersuchung ergab, keine schweren Verletzungen erlitten.

ht. Motorradrennen. Unter starker Beteiligung hiesiger und auswärtiger Bevölkerung fand am Sonntag nachmittag auf der neu aufgeschütteten Aschenbahn im städtischen Stadion ein Motorradrennen statt. Alle Rennen wiesen starke Felder auf. U. a. hatte auch der bekannte Danziger Fahrer Bruno Ziemer, ferner der Danziger Meister Graf von Alvensleben-Diromezlo, Zweiter im Grand-Prix von Polen, und prominente Bromberger Rennfahrer gemeldet. Das größte Interesse wurde vom Publikum dem Rennen für Rennmaschinen entgegengebracht, das Bruno Ziemer-Danzig auf Douglas-Spezial vor Graf Alvensleben auf Norton gewann. Es folgten ferner: Herbert Berlich in einem 6-Kunden-Rennen, im nächsten Labicki auf D. K. W., im Juniorenlauf Bolewski auf B. S. M. Bei den Sportmaschinen (250 cm³) gewann Helmut Zimmermann überlegen vor Zimmer in der Beiwagenklasse Cieszkowski. Während des Rennens um die beste Zeit des Tages, das über 10 Runden führte, ereignete sich ein schwerer Sturz. Nachdem beide Mithewerker ausgeschieden waren, paßierte Zimmer allein die Ziellinie. Bei der abschließenden Fuchsjagd konnte man des Fuchses (Graf Alvensleben) nicht habhaft werden.

Inowroclaw

z. Ausschreibung. Der hiesige Magistrat gibt bekannt, daß das Gebäude im Solbadpark im Teich mit Kaffee, Restaurant, Veranda und Garten sowie 8 vollständig möblierte Pensionzimmer vom 1. Januar 1932 wiederum auf 6 Jahre zu verpachten ist. In die Verpachtung einbezogen ist im Winter auch das Eis und die Schlittschuhbahn. Als Kaution ist ein Betrag in der Höhe einer Jahrespacht zu stellen. Eventuelle nähere Informationen sind im Wbozial V. Budowlana, Magistrat Inowroclaw, Zimmer 13, während der Dienststunden zu erhalten, woselbst auch verteilte Offerten bis zum 20. Juli 1931 einzureichen sind.

r. Zwangsversteigerung. Das Städt. Exekutionsamt wird am 10. Juli d. Js., vorm. 10½ Uhr auf dem Targowisku zum Höchstpreise gegen sofortige Barzahlung versteigern: 1 Nähmaschine, 1 Liegesofa, 1 Teppich, 1 elektrische Lampe, 5 Sessel, 2 Sofas, 1 Bild, 1 Tisch, eine Schreibmaschine, 1 automatische Waage, 20 Flaschen Champagner und 150 Flaschen Wein.

z. Hoher kirchlicher Besuch. Der Erzbischof Marquae aus Golumbien aus Ceylon traf am Sonnabend um 18 Uhr in Inowroclaw ein. Sein Besuch gilt dem Kloster in Markowice bei Inowroclaw. 130 Motorradfahrer, Radfahrer und Reiter begleiteten den Kirchenfürsten dorthin.

neien

Rattenvertilgung. Der Gnesener Magistrat gibt bekannt, daß der 8. und 9. Juli in der ganzen Stadt für eine Rattenvertilgung vorgesehen sind. Die hierzu erforderlichen Gifte sind vorher in den Apotheken bzw. Drogerien der Stadt zu besorgen. Der Magistrat wird durch



Brief einer Mutter!

Mein liebes Kind, bei meiner Bejahung Hab' ich wirklich reichlich Erfahrung. Jedoch ist's die größte mein's Lebens: „Ohne Reger-Seife ist der Wochtag vergebens!“

itrenge polizeiliche Kontrolle dafür sorgen, daß jeder Hausbesitzer die Verordnung genau durchführt.

h. Brand in den. Am Freitag, dem 3. Juli, brannte zwischen 11 und 12 Uhr mittags das Wohnhaus und die Schmied des Besitzers Paul Dittsch in Michelsdorf (Michalza) bei Klekto nieder. Das Mobiliar konnte zum größten Teil gerettet werden. Der entstandene Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt.

Lissa

k. Das Sanitätsauto, dessen Ankauf durch die hiesige Ortsgruppe des Polnischen Roten Kreuzes geplant war, ist nun endlich in unserer Stadt eingetroffen und vorläufig in der Kaserne untergestellt worden. Fräter soll es in einer eigens für diesen Zweck gebauten Garage neben dem Gebäude der Kasse untergebracht werden.

k. Am gestrigen Wochenmarkt zahlte man für das Pfund Butter 1,60—1,80, Weichkäse 0,35—0,45, die Mandel Eier 1,50—1,70. Am Gemüsemarkt waren die Preise dieselben wie am Freitagmarkt. Nur Kürbisse sind im Verhältnis zum letzten Markt bedeutend teurer geworden. Man forderte für das Pfund 0,80—1,20 Zloty.

k. Zwangsversteigerungen. Am Mittwoch, dem 8. d. Mts., vormittags um 9 Uhr werden in Klonowo, Kreis Lissa, 100 Morgen Weizen, 130 Morgen Roggen und 133 Morgen Gemenge versteigert. — Am demselben Tage, vormittags um 11 Uhr, in Wolkowo, Kreis Lissa, 6 Morgen Weizen. Sammelplatz der Käufer vor der Wirtschaft des Herrn Klopocki. Ebenfalls am Mittwoch, mittags um 1 Uhr, kommen in Wolkowo Kowe, Kreis Lissa, 17 Morgen Roggen und 9 Ferkel zur Versteigerung. Sammelplatz der Käufer vor der Wirtschaft des Herrn Kubiat. Den Zuschlag erhält in allen Fällen der Meistbietende gegen sofortige Barzahlung.

Koßen

z. Totschlag in Kotweh. Nach Beendigung eines Vergnügens in Piotrowo zog die Musikkapelle noch in die Wohnung des Ludwik Kurajski in Piotrowo. Später erschienen ungebetene Gäste in der Person eines Walmowiat und Ciesielski aus Groß-Srod. Sie begannen den Musiker Ludwik Huciat zu verprügeln. Huciat zog schließlich einen Revolver und schoß auf seine Angreifer. Walmowiat wurde getötet, Ciesielski schwer verletzt. Huciat wurde verhaftet.

Kroloshin

t. Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft. Am 23. und 24. Juni wurde in Konarzowo bei Herrn Seite ein Buchführungskursus durch die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft abgehalten, an dem sich 20 Töchter und Söhne von Mitgliedern des dortigen Landwirtschaftlichen Vereins beteiligten. Herr Zern, der Leiter der Landwirtschaftlichen Schule in Birnbaum unterrichtete die Teilnehmer in der Buchführung und zeigte an Beispielen, wie ein Kringewinn oder Verlust in der Wirtschaft festgestellt wird. Die dazu gehörigen Bücher dienen als Unterlagen bei den Steuererklärungen und werden den Mitgliedern von der Verlage geliefert. — Der gleiche Kursus fand am 25. und 26. Juni in der Genossenschaft des Ein- und Verkaufsvereins in Schildberg statt und wurde von 16 Teilnehmern besucht.

x. Trauriges Ende einer Prügelei. Gelegentlich eines Tanzvergnügens, das der Schützenverein in Wolowice veranstaltet hatte, kam es zwischen Otto Großmann aus Zoltow, Kreis Jarotschin, und jungen Leuten aus Wolski zu einer Prügelei. In der Notwehr griff Großmann nach seinem Revolver, schoß und traf den aus Zielz stammenden Johann Karmierczak in den Bauch. Großmann wurde daraufhin überfallen und derartig mit Messern bearbeitet, daß er auf dem Wege ins Krankenhaus verstarb.

Kempen

gr. Sperrung der Kreise Kempen und Wielun für Klauenvieh. Mit sofortiger Gültigkeit wurde von der Wojewodschaft eine Verordnung herausgegeben, wonach es verboten ist, Vieh, Kintvieh, Schafe, Ziegen und Schweine aus einem Kreise in den anderen Kreis ohne eine schriftliche Erlaubnis zu führen oder zu verkaufen. Die Verordnung wurde wegen Gefahr ansteckender Krankheiten herausgegeben. Nähere Informationen erteilt das hiesige Starostwo und der Kreisnierzg.

Aleine Posener Chronik

em. Fallschirmen in die Hände geraten. Der von Pieszkowo, Kreis Schroda, nach Posen kommende Stefan Wdrjan geriet Fallschirmen in die Finger, welche ihm beim Kartenpiel „Kleeblättchen“ 370 französische Franken abnahmen. Da A. weiter kein Geld besaß, verkaufte er den Fallschirmen seine goldene Taschenuhr, um dann auch noch den Erlös dafür zu verpielen.

em. Einbrüche und Diebstähle. Dem Sejmabgeordneten Martin Poprawa aus Kolaczkowo, Kreis Gostyn, wurde anlässlich der Sonntagsfeier in der Nähe des Rathauses auf dem Alten Markt eine Brieftasche mit 190 Zloty, Quittungen der Sejmkanzlei, Militärpaß (ausgestellt vom Bezirkskommando Jarocin) und einem Wechsel in Höhe von 1500 Zloty entwendet. — In das Polizeigebäude des Wacław Wisniewski, ul. sw. Marzyna 4 (St. Martinstr.) wurde ein Einbruch verübt, wobei den unbekannten Einbrechern Belohnungen im Werte von 3400 Zloty in die Hände fielen. — Aus der Wohnung des Adam Stankiewicz, ul. Mostowa 24 (Posadowskistr.) wurden 350 Zloty gestohlen. — In die Wohnung der Wiktoria Siefertka, ul. Starbowa (Luisenstr.), wurde ein Einbruch verübt, wobei den Dieben verschiedene Wäschestücke im Werte von 450 Zloty in die Hände fielen. — Auch der Wohnung des Edward Horowski statten Einbrecher einen Besuch ab. Sie nahmen 600 Zloty mit.

em. Festgenommen wurde der obdachlose Bernsteins-Tantel und Serebnik Moszel aus Łodz, ul. Szolna 23, welche im Verdacht stehen, mehrere Taschendiebstähle auf dem hiesigen Hauptbahnhof begangen zu haben.

em. Messerheld. Gelegentlich einer Prügelei wurde Anton Pustal, ul. Warszawska 9 (Warschauerstraße), von seinem Gegner Leon Tomczak, ul. Warszawska 9 (Warschauerstr.), dermaßen mit einem Messer bearbeitet, daß er besinnungslos in das Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte. Tomczak wurde von der Polizei festgenommen.

Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts zur Frage der Entschädigung für Überstunden

Wie in anderen Ländern hat auch in Polen das Arbeitsrecht nach dem Kriege sich in besonderem Maße entwickelt. Von größerer Bedeutung wurde auf dem Gebiet der Arbeitsrechtsprechung das Gesetz vom 18. 2. 1919, Pol. 7 des D. U. von 1920, in dem die Arbeitszeit der in Handel, Bergbau und Gewerbe Angestellten geregelt ist. In diesem Gesetz wurde gesetzlich die Arbeitszeit in Gestalt von einer bestimmten Anzahl von Arbeitsstunden festgelegt, zugleich wurde aber bestimmt, daß für sog. Überstunden ein Zuschlag zur gewöhnlichen Arbeitsentlohnung zu zahlen ist. In bestimmten Fällen ist sogar ein Uebererschreiten dieser gesetzlichen Bestimmungen mit Strafe bedroht.

Trotz dieser gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit ist gerade die Frage der Entschädigung für Überstunden ein umstrittenes Gebiet in der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte geworden. Nicht zuletzt sind viele Unklarheiten und Zweifelsfragen auf die Rechtsprechung des Obersten Gerichts zurückzuführen, das in seinen Entscheidungen nicht widerspruchsfrei war und damit das Chaos auf diesem Gebiet noch vergrößerte. Man findet geradezu in den Entscheidungen des Obersten Gerichts, die in seinen Entscheidungen nicht widerspruchsfrei war und damit das Chaos auf diesem Gebiet noch vergrößerte. Man findet geradezu in den Entscheidungen des Obersten Gerichts, die in seinen Entscheidungen nicht widerspruchsfrei war und damit das Chaos auf diesem Gebiet noch vergrößerte.

Im Vordergrund steht zunächst die Frage, ob ein Angestellter einen Anspruch auf Entschädigung für Überstunden hat, wenn im Arbeitsdienstvertrage in dieser Hinsicht nichts vereinbart wurde. Diese Frage ist vom Obersten Gericht in einzelnen Fällen bejaht worden. So führt das Oberste Gericht in einer Entscheidung vom 25. 1. 1927 (III. R. 1919/26) aus, daß ein stillschweigendes Uebergehen der Entschädigungsfrage für Überstunden bei Abschluß des Arbeitsdienstvertrages nicht als ein Verzicht auf eine solche Entschädigung angesehen werden kann, da bei dem wirtschaftlichen Uebergewicht des Arbeitgebers vertragliche Unklarheiten nicht zum Schaden des Arbeitnehmers ausgelegt werden dürfen.

In der Entscheidung vom 22. 11. 1927, III. R. 536/27 wird der Entschädigungsanspruch des Arbeitnehmers, der, um Rückstände zu vermeiden, Überstunden macht, ebenfalls bejaht. Der Arbeitgeber, so führt das Oberste Gericht aus, sei in solchen Fällen verpflichtet, entweder mehr Arbeitskräfte einzustellen oder den die Überstunden leistenden Arbeitnehmer zu entschädigen. In ähnlicher Weise wird in der Entscheidung vom 27. 6. 1926 (III. R. 2011/27) der Anspruch bejaht, wenn das Personal in der normalen Arbeitszeit trotz intensiver Arbeit die Arbeit nicht bewältigen kann und gezwungen ist, Überstunden zu machen. In den neueren Entscheidungen hat das Oberste Gericht diesen Standpunkt zu der eben behandelten Frage aufgegeben und sich geradezu auf einen gegenteiligen Standpunkt gestellt. Als maßgebend erachtet das Oberste Gericht jetzt die vertragliche Vereinbarung zwischen beiden Parteien über die Frage der Überstunden. Wenn bei Abschluß des Arbeitsdienstvertrages, heißt es in einer Entscheidung vom 11. 12. 1930 (III. R. 2047/30) nichts darüber vereinbart wurde, wie hoch die Entschädigung für einzelne Arbeitsstunden ist, ebenso nicht, wie viel Stunden zu arbeiten ist, und ob in dem Monatsgehalt eine Entschädigung für etwaige Überstunden einbezogen ist, so muß man aus diesen Umständen, ebenso der Festsetzung eines festen Monatsgehalts den Schluß ziehen, daß in dem Monatsgehalt auch eine Entschädigung für etwaige Überstunden mit einbezogen ist. Weiter heißt es in einer Entscheidung vom 8. 2. 1929, III. R. 1887/27, daß der Arbeitnehmer keinen gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung für geleistete Überstunden hat, wenn er seinen Anspruch auf das Gesetz, nicht auf eine vertragliche Abmachung stützt. Ebenso wird in den Entscheidungen vom 22. 11. 1930, III. R. 1954/30 und vom 2. 4. 1931, III. R. 2695/30 der Standpunkt herausgearbeitet, daß bei einem Fehlen vertraglicher Abmachungen über Stunden- und Ueberstundenbezahlung kein Anspruch des ein festes Monatsgehalt beziehenden Angestellten oder sonstigen Arbeitnehmers auf Entschädigung für geleistete Überstunden besteht. Nach der neueren Rechtsprechung werden also alle Entschädigungsansprüche zu der eben behandelten Frage, ob ein Angestellter, der vertraglich über Überstunden mit seinem Arbeitgeber nichts vereinbart hat und ein festes Monatsgehalt bezieht, einen Entschädigungsanspruch hat, verneint. Daraus folgt natürlich, daß in solchen Fällen der Arbeitgeber sich gegen den Anspruch des Arbeitnehmers auch mit dem Einwand wehren kann, er habe keine Überstunden verlangt; eine Aufforderung zu intensiver Arbeit wird vom Obersten Gericht nicht der vertraglichen Vereinbarung zur Leistung von Überstunden gleich gehalten. (Entscheid. vom 22. 11. 1930, III. R. 1954/30.) In früheren Entscheidungen wurde dieser Einwand als gegenstandslos beurteilt, selbst dann, wenn ausdrücklich Überstunden verboten worden waren (so die Entscheidung vom 23. 3. 1927, III. R. 2095/26 und vom 22. 11. 1927, III. R. 536/27).

Verhängnisvoller ist der Standpunkt des Obersten Gerichts zu der Frage, ob ein Arbeitsdienstvertrag als gültig anzusehen ist, in dem von vornherein Entschädigungen für Überstunden ausgeschlossen oder anders, als das Gesetz es vorsieht, vereinbart werden, da sich hier keine zeitlichen Grenzen in der Verringerung eines vorher vertret-

ten Standpunktes ziehen lassen. So erklärt das Oberste Gericht in einer Entscheidung vom 16. 8. 1928, I. C. 664/28, daß durch Art. 16 des Arbeitszeitgesetzes, in dem das Recht des Angestellten auf zusätzliche Zahlungen für Überstunden festgelegt wird, jede anders lautende freie Vereinbarung ausgeschlossen würde. Diese Vorschrift in Art. 16 sei als eine öffentlich-rechtliche Vorschrift zum Schutze und im gesundheitlichen Interesse der arbeitenden Bevölkerung anzusehen, die nicht durch privatautonome Abmachungen aufgehoben werden können, da außerdem eine Ueberschreitung nach Art. 10 sogar mit Strafe belegt wird. Ähnliche Gedanken weisen die Entscheidungen vom 10. 10. 1930, I. C. 1154/30, ferner vom 18. 10. 1929, I. C. 529/29, weiterhin vom 23. 12. 1929, III. R. 301/29 auf. In der Entscheidung vom 16. 4. 1929, III. R. 127/29 wird ein Verzicht auf Ueberstundenbezahlung als gültig angesehen, wenn er im Augenblick der Auflösung des Dienstverhältnisses, aber nicht früher ausgesprochen wird. Andererseits liegen aber Entscheidungen vor, in denen das Gegenteil vertreten wird. So hat nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts vom 2. 6. 1929, III. R. 1235/28 der Angestellte kein Recht, eine zusätzliche Entschädigung für Überstunden zu verlangen, wenn er sich auf eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne zusätzliche Bezahlung geeinigt hat. In einer neueren Entscheidung vom 2. 4. 1931, III. R. 2695/30 wird der Standpunkt vertreten, daß der Angestellte, der am Monatsende bei der Gehaltsabnahme eine Quittung unterschreibt, in der er erklärt, daß alle seine Ansprüche erledigt sind, hierdurch einen gültigen Verzicht auf Bezahlung von Überstunden ausspricht. Uebrigens äußert sich die Entscheidung vom 17. 4. 1928, III. R. 291/28. Man muß jedoch bei diesen letzteren Entscheidungen feststellen, daß überall dort ein Verzicht auf Bezahlung von Überstunden anerkannt wird, wo der Angestellte ein festes Monatsgehalt bezieht; allerdings sind damit aber noch nicht alle Widersprüche gelöst, und man kann daraus noch keinen grundsätzlichen Standpunkt des Obersten Gerichts entnehmen, obwohl gerade diese Stellungnahme mit der von uns zuerst behandelten Frage der nichtvertraglichen Vereinbarung von Überstunden und der dort entwickelten Meinung des Obersten Gerichts in Einklang zu bringen wäre. Es ist vielmehr festzustellen, daß in der

Frage des Verzichts auf Ueberstundenbezahlung und der dem Gesetz entgegen lautenden vertraglichen Regelung keine feste Rechtsprechung vorliegt.

Schließlich wäre noch die Frage zu behandeln, ob ein Angestellter, der vorher keine Entschädigungsansprüche für Überstunden geltend gemacht hat, sie zu einem späteren Zeitpunkt, zum Beispiel nach Auflösung des Dienstverhältnisses, geltend machen kann. In einigen älteren Entscheidungen wurde dies als zulässig angesehen, so in der Entscheidung vom 23. 3. 1927, III. R. 2095/26 und vom 25. 1. 1927, III. R. 1. 1919/26. Neuere Entscheidungen entwickeln einen gegenteiligen Standpunkt. So vertritt die Entscheidung vom 2. 4. 1931, III. R. 2695/30 die Meinung, daß ein Arbeitnehmer keine Entschädigung für Überstunden mehr verlangen kann, wenn er einen derartigen Anspruch während der langjährigen Dauer des Dienstverhältnisses nicht geltend machte und so mit den Bedingungen des Arbeitsdienstverhältnisses sich einverstanden erklärte. Wenn er hiergegen Einwendungen hatte, so hätte er sie sofort vorbringen müssen, anderenfalls könne er sich mit Rücksicht auf Treu und Glauben im Verkehr nicht mehr auf sie berufen. Schon in einer Entscheidung vom 29. 4. 1930, III. R. 2692/29 wurde diese mit den oben angeführten älteren Entscheidungen in Widerspruch stehende Rechtsansicht herausgearbeitet. Man muß sich daher als heute geltend ansehen. Ob freilich das Oberste Gericht weiterhin bei dieser Meinung bleiben wird, bleibt abzuwarten.

In jedem Falle muß festgestellt werden, daß eine solche Uneinheitlichkeit in der Rechtsprechung, wie sie sich bei den eben behandelten Fragen zeigt, nicht nurbringend für die Entwicklung gesunder arbeitsrechtlicher Verhältnisse sein kann. Es wird gewiß sehr viele Momente geben, die für und gegen eine Ausdehnung der Arbeitszeitbestimmungen sprechen; man muß in jedem Falle das Arbeitszeitgesetz als ein Schutzgesetz ansehen, aber seine Bestimmungen dürfen natürlich nicht zu sehr vom Arbeitnehmer ausgenutzt werden, und aus diesem Gesichtspunkt heraus erklären sich vielfach die manche Schutzbestimmungen einschränkende neueren Entscheidungen des Obersten Gerichts, die von einer weiten Auslegung der älteren Entscheidungen abgehen. Zur Sicherung einer den Verhältnissen angemessenen, gesunden Rechtsentwicklung wird daher größere Einheitlichkeit und Klarheit in den Entscheidungen des Obersten Gerichts zu fordern sein, über aber, wie das vielfach geschieht, eine gesetzliche Neuordnung dieser Materie überhaupt, die mit einem Schlage die Bücher und Akten zu Makulatur werden läßt.

Wann gelten Verkäufer und Expedienten als geistige Arbeiter?

Das Gesetz über die Angestelltenversicherung vom 24. November 1927 hat die Frage, ob und wann Verkäufer und Expedienten als geistige Arbeiter gelten, nicht ausreichend geklärt. Artikel 3, Ziffer 9 dieses Gesetzes bestimmt nämlich nur, daß diejenigen Verkäufer und Expedienten, die 6 Klassen eines Gymnasiums oder einer entsprechenden Fachschule beendet haben, als geistige Arbeiter gelten und damit der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen. Die Verkäufer und Expedienten, die sich nicht durch ein Zeugnis der mittleren Reife ausweisen können, können nach den Bestimmungen des Gesetzes durch eine gewisse Praxis im Zusammenhang mit der Absolvierung einer Fortbildungsschule „geistige Arbeiter werden“. Die Art und Zeitdauer dieser Praxis wird jedoch im Gesetz nicht näher geregelt; sondern das Gesetz ermächtigt den Arbeitsminister im Einvernehmen mit anderen Ministern diese Frage in einer besonderen Verordnung zu regeln. Diese Verordnung ist nun endlich erlassen worden.

Wir haben schon vor längerer Zeit in einer Notiz berichtet, daß sowohl seitens der Angestelltenverbände als auch seitens der Wirtschaftskreise verurteilt wurde, durch entsprechende Vorstellungen und Eingaben bei den zuständigen Ministerien auf die in der Verordnung zur treffende Regelung einzuwirken. Die Angestelltenverbände forderten eine möglichst einfache und kurze Zeitdauer (drei Jahre) der Praxis, nach deren Absolvierung Verkäufer oder Expedienten als geistige Arbeiter gelten sollten; die Wirtschaftskreise forderten eine sechsjährige Dienstzeit. Die neue Verordnung des Arbeitsministers (veröffentlicht im „Diennit-Ultam“ Nr. 49 vom 23. Mai d. J., Pol. 414) trägt, wie so viele andere neue Gesetze und Verordnungen des polnischen Staates, in weitgehendster Weise den Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung.

Verkäufer und Expedienten gelten nach der Verordnung des Arbeitsministers als geistige Arbeiter, wenn sie 3 Jahre als Lehrling oder Angestellter die Tätigkeiten eines Verkäufers oder Expedienten in folgenden Betrieben ausgeführt haben:

1. Handelsunternehmen I. und II. Kategorie des Gewerpatents und gewerbliche Unternehmen I., II., III., IV. und V. Kategorie.
2. Genossenschaften, die nach den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes tätig sind und Revisionsverbänden angehören.
3. Buchhandlungen.
4. Staatliche Unternehmen und Monopole.

Gleichbedeutend mit der Absolvierung einer wie oben bezeichneten Dienstzeit ist a) selbständige kaufmännische Tätigkeit in Betrieben, die unter 1—3 des vorigen Absatzes genannt sind, b) dreijährige Beschäftigung als geistiger Arbeiter gemäß Art. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Verkäufer und Expedienten, die keine Fortbildungsschule absolviert haben, gelten als geistige Arbeiter nach Absolvierung einer dreijährigen, wie oben geschilderten Dienstzeit und eines verkürzten Fortbildungsschuljahres mit einer vereinfachten Prüfung.

Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nicht für Verkäufer und Expedienten, die bei Inkrafttreten derselben als geistige Arbeiter bei der Angestelltenversicherung versichert waren; letztere gelten weiterhin als geistige Arbeiter ohne Absolvierung der vorgeschriebenen Dienstzeit und Fortbildungsschule.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Sind Verzugszinsen der Einkommensteuer vom allgemeinen Einkommen abzugsfähig?

Zu dieser Frage hatte das Oberste Verwaltungsgericht in Sachen der Firma Brzecki-Auto. Sp. Akc. in Polen gegen das Finanzministerium Stellung genommen. Dem Klageantrag der Klägerin wurde aus folgenden Gründen stattgegeben: Nach der Vorschrift des Gesetzes in Art. 10, Punkt 5 des Einkommensteuergesetzes können vom allgemeinen Einkommen alle unmittelbaren Staats- und Kommunalsteuern, zwangsweise oder gelegentliche Leistungen, ebenso andere zwangsweise Geldleistungen für öffentliche Zwecke abgezogen werden. Eine Ausnahme von dieser grundsätzlichen Regelung bilden die in dem Punkt 5 des Art. 10 aufgeführten Steuern, worunter sich auch die Einkommensteuer befindet. Die Nichtabzugsfähigkeit dieser letzteren Steuer ist also eine Ausnahme von der Regel, die in dieser Gesetzesvorschrift aufgestellt wird, daß nämlich unmittelbare Steuern und zwangs- oder gelegentliche Geldleistungen vom allgemeinen Einkommen abgezogen werden können.

Da die erwähnte Ausnahme nach den allgemeinen Interpretationsregeln nicht weit ausgedehnt werden kann, und mit Rücksicht darauf, daß Verzugszinsen oder -strafen, ganz gleich von welcher Steuerverbindlichkeit sie herrühren, selbständigen Charakter tragen, was sich vor allem darin zeigt, daß über ihre Fälligkeit, ihre Leistungspflicht und -höhe nicht die für die Steuer maßgeblichen Momente entscheiden, sondern ganz andere Gesichtspunkte, wie die rückständigen Zahlungen des Steuerschuldners, so ist dahin zu erkennen, daß sie mit der Hauptverbindlichkeit, von der sie sich entspringen, nicht so eng verbunden sind, daß sie ihr Los teilen müßten, sofern es sich um die Bestimmungen in Art. 10, Punkt 5 des Einkommensteuergesetzes handelt. Da diese Vorschrift von den Abzügen einzig und allein gewisse Steuerarten und Abgaben ausschließt, der Ausschluß aber nicht die Verzugsstrafen mit umfaßt, als gelegentliche Geldleistungen, die nicht Steuern im engeren

Sinne sind, so ist das Verlangen der Steuerpflichtnerin, daß die Verzugszinsen von ihrem allgemeinen Einkommen abgezogen werden, als gerechtfertigt anzusehen. Aus diesen Gründen hat das Oberste Verwaltungsgericht die beklagte Entscheidung als gezwungenermaßen auf Grund des Art. 20 des Gesetzes über das Oberste Verwaltungsgericht aufgehoben. In den anderen von der Klägerin angefochtenen Punkten der Entscheidung des Finanzministeriums wurde dem Klageantrag nicht entsprochen. Es handelt sich hierbei um die Aufhebung der Folgen einer verpäteten Abgabe der Steuererklärung. (Entscheid. des Obersten Verw.-Gerichts vom 15. 8. 1930. L. Rej. 2397/28.)

Berufsausbildung des Gärtners

Auf Grund der polnischen Gewerbeordnung gehört die Gärtnerei zu den Berufen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen. Das Lehrlingswesen dieses Berufszweiges ist aber durch einen Beschluß der Generalversammlung des Großpolnischen Verbandes der Gärtnervereine vom 15. Juli 1930 geregelt.

Als lehrberechtigt sind anzusehen:

Nur solche Gärtner, die eine 10jährige Berufsausbildung haben. Von dieser Praxis muß entfallen: 3 Jahre auf die Lehrzeit, mindestens 3 Jahre auf Gehilfenstellung, unter Leitung eines Berufsgärtners, die weiteren 4 Jahre entweder auf weitere Gehilfenstellung, oder auf die Arbeitszeit als selbständiger Gärtner.

Die Lehrwerkstätten selbst müssen einer der nachfolgenden Typen entsprechen:

1. Guts- oder Handelsgärtnereien mit verschiedenen Zweigen gärtnerischer Tätigkeit, und zwar bestehend aus: einem Garten, 50 Frühbeetfenstern und einem Treibhaus von mindestens 50 Quadratmeter Grundfläche.
2. Spezielle Blumen- oder Gemüsegärtnereien, oder auch beide Zweige gemeinsam, bestehend aus: einem Garten und mindestens 100 Frühbeetfenstern.
3. Keine Obst-Gärtnereien mit mindestens 10 ha Land.
4. Baumschulen, mit einer Schullfläche von mindestens 1 ha.
5. Samen-Gärtnereien mit mindestens 10 ha Samenkultur von Gartenpflanzen.
6. Landgärtnergärtnereien, mit ausschließlicher Tätigkeit bei Entwurf, Anlage und Pflege fremder Gärten, die jedoch nur in dem Falle, wenn der Lehrherr, der keinen eigenen Garten besitzt, mindestens eine mehrere Gartenbauschule besucht hat.

In jedem Gärtnerbetrieb können gleichzeitig unter Leitung des selbständigen Gärtners zwei Lehrlinge ihre Lehrzeit verbringen. Die Ausbildung eines 3. Lehrlings kann erfolgen, wenn mindestens 1 Gärtnergehilfe beschäftigt wird, der nach jährlicher Lehrzeit das Examen vor der Großpolnischen Landwirtschaftskammer abgelegt hat.

Die Berechtigung der Gärtner zur Lehrlingsausbildung ist abhängig von der Zugehörigkeit des Lehrherrn zum Großpolnischen Verband der Gärtnervereine. Zur Ablegung der Gärtner-Hilfsprüfung vor der Großpolnischen Landwirtschaftskammer werden nur solche Lehrlinge zugelassen, die ihre Lehrzeit bei einem lehrberechtigten Meister und in einem vorchriftsmäßigen Lehrbetriebe verbracht haben.

Rechtsspiegel

„Hörzeichen“ kein Warenzeichen

Das Reichspatentamt in Berlin hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß „Hörzeichen“ nicht in die Zeichenrolle eingetragen werden können. Die Eintragung eines rein akustischen Erkennungszeichens (etwa: lang kurz kurz lang für eine bestimmte Automobiliemarke) ist unmöglich. Denn ein Warenzeichen, das gesetzlich geschützt werden soll, muß so beschaffen sein, daß es jederzeit mit der Ware in Verbindung gebracht und vom Beobachter wahrgenommen werden kann. Ein nur akustisches Erkennungszeichen, ein Ton, erfüllt diese Bedingung nicht. (R. 37 088/10 Wz.)

„Ungeheuerliche“ und „fälschliche“ Buchführung

Die Strafkammer des Allerhöchsten Gerichts hat in Sachen Nr. II 1 R. 616/30 die fehlerhafte Führung von Handelsbüchern betreffend im Sinne der Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes folgende Erläuterungen gegeben:

Das Gesetz über die staatliche Umsatzsteuer fesselt gleiche rechtliche Folgen für „ungeheuerliche“ und „fälschliche“ Handelsbuchführung vor. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Begriffen besteht darin, daß man unter einer „ungeheuerlichen“ Handelsbuchführung in erster Linie eine Buchführung zu verstehen hat, die den Bestimmungen des Handelstobes nicht entspricht und zudem nicht in Einklang zu bringen ist mit den Gebräuchen einer geregelten Buchhaltung.

Unter „fälschlich“ geführten Handelsbüchern versteht man dagegen eine Buchführung, die mit dem wirklichen Geschäftsstand und mit den faktisch vollzogenen Transaktionen des Geschäftsinhabers nicht übereinstimmt.

Eine „fälschliche“ Handelsbuchführung hat die strafrechtliche Verantwortung des Steuerzahlers zur Folge, sofern sie eine Kürzung der Staatseinnahmen bezweckt. Wenn irgendwelche Positionen bewußt nicht gebucht werden, so ist dies nicht eine ungeheuerliche, sondern eine fälschliche Buchführung.

Haushälterwohnungen

unterliegen nicht dem Mieterschutz
Wohnungen, die zur Dienstaussstattung von Haushaltern gehören, unterliegen nicht den Vorschriften des Mieterschutzgesetzes, auch dann nicht, wenn der Haushalter, bevor er den Pächter eines Haushalters einnahm, die Wohnung in der Eigenschaft eines Mieters innehatte. (Entscheid. des Obersten Gerichts VIII. 1930, I. C. 781/30.)

Stalin für „neue Methoden“ der Wirtschaftsführung

Moskau, 6. Juli.

Stalins grosse Rede auf der Konferenz der Sowjetwirtschaftler in Moskau am 23. Juni d. Js., die erst jetzt veröffentlicht wird, rief grosses Aufsehen hervor. Den Reden Stalins ist, ganz abgesehen von der Persönlichkeit des Redners, insofern grosse Bedeutung beizulegen, als der Parteiführer mit solchen Reden stets dann an die Öffentlichkeit tritt, wenn es sich darum handelt, eine neue Wendung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Sowjetunion anzukündigen und zu begründen. So war es beispielsweise im März v. Js., als Stalin durch seinen berühmten „Rückzugsartikel“ die überleitete Kollektivierung der Landwirtschaft abstoppte. Heute nimmt er das Wort um darzulegen, dass die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des industriellen Aufbaues darauf zurückzuführen sind, dass „in der letzten Zeit die Bedingungen für die Entwicklung der Sowjetindustrie sich von Grund auf geändert haben“, und dass „sich eine neue Situation herausgebildet hat, in der neue Methoden der Wirtschaftsführung notwendig sind“. So entschieden auch die Formulierungen Stalins sind, so bringt doch seine Rede nicht viel Neues und stellt in der Hauptsache eine nachträgliche Begründung des durch starkes Hervorheben privatwirtschaftlicher Grundsätze gekennzeichneten Wirtschaftskurses dar, den die Sowjetindustrie und die anderen Zweige der russischen Wirtschaft auf Befehl von Regierung und Partei bereits seit einiger Zeit eingeschlagen haben.

Nach Stalin sind es sechs neue Bedingungen, die für die Sowjetindustrie eine neue Situation geschaffen haben, welche neue Methoden der Wirtschaftsführung erforderlich macht. Man könne nicht mehr wie bisher auf einen automatischen Zustrom von Arbeitskräften in die Sowjetindustrie rechnen. Es müsse daher einerseits die Anwerbung von Arbeitern durch Abschluss von Verträgen der Wirtschaftsorgane mit den Kollektiven und den Kollektivmitgliedern organisiert, andererseits aber zur Mechanisierung der Arbeit geschritten werden. Der starke Ab- und Zustrom der Arbeiter in der Sowjetindustrie könne nicht weiter geduldet werden. Es müsse ein fester Arbeiterstamm geschaffen werden, da andernfalls die Durchführung der Produktionspläne nicht möglich sei. Die Fluktuation der Arbeitskräfte sei darauf zurückzuführen, dass bei einer Reihe von Unternehmungen die Tariflöhne derart festgesetzt seien, dass nahezu kein Unterschied in der Entlohnung der qualifizierten und der unqualifizierten Arbeitskräfte besteht. Diese Gleichmacherei führe dazu, dass der unqualifizierte Arbeiter nicht daran interessiert sei, qualifizierter Arbeiter zu werden und vorwärts zu kommen. Das alte Lohnsystem müsse beseitigt und eine

stärkere Differenzierung der Löhne für qualifizierte und unqualifizierte, für schwere und leichte Arbeit durchgeführt werden. Weiterhin erklärt Stalin, dass der bestehende Zustand, bei dem in den Betrieben jede Verantwortlichkeit für die übertragene Arbeit, für die Maschinenausrüstungen und Werkzeuge fehle, nicht weiter geduldet werden dürfe. Nur wenn hier Wandel geschaffen wird, könne eine ernsthafte Hebung der Arbeitsleistung erzielt werden. Da dieser Mangel im Zusammenhang mit der Einführung der „ununterbrochenen Arbeitswoche“ von fünf Tagen eingerissen ist, so soll ein temporärer Uebergang zur sechstägigen „ununterbrochenen Arbeitswoche“ (d. h. mit einem gemeinsamen freien Ruhetag) erwogen werden, wie sie vor kurzem bereits bei der Stalingrader Traktorenfabrik eingeführt worden ist. Bemerkenswert ist ferner Stalins veränderte Stellungnahme zu den alten parteilosen Ingenieuren und Technikern. Sie sollen von jetzt ab stärker herangezogen und es sollen für sie „erträgliche Arbeitsbedingungen“ geschaffen werden.

Sehr bemerkenswert sind sodann die Ausführungen Stalins über die Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Fünfjahresplanes. Stalin erklärt, dass die alten Quellen der Kapitalakkumulation für die Weiterentwicklung der Sowjetindustrie nicht ausreichen können und daher — um das gegenwärtige Industrialisierungstempo aufrecht zu erhalten — neue Finanzierungsquellen gefunden werden müssten. Die Mittel könnten nicht mehr wie bisher allein von der Landwirtschaft aufgebracht werden, zumal letztere im gegenwärtigen Augenblick selbst die finanzielle Hilfe des Staates benötigt. Es müsse erreicht werden, dass namentlich die Schwerindustrie und vor allem die Maschinenindustrie Überschüsse erzielt. Gleichzeitig betont Stalin erneut die Notwendigkeit, dem „Chosrasschof“, der kaufmännischen Betriebsführung, genaue Kalkulation und sorgfältigen Bilanzaufstellung bei allen Unternehmungen und Wirtschaftsorganen die grösste Beachtung zu schenken.

Schliesslich kündigt Stalin eine neue Reorganisation der Sowjetindustrie an. An Stelle der schwerfälligen Vereinigungen, die zuweilen 100 bis 200 Unternehmungen umfassen, sollen kleinere Industrievereinigungen geschaffen werden. Auch soll der kollektiven Verwaltungen der Industrievereinigungen ein Ende bereitet werden. Statt dessen soll überall nur ein Direktor mit mehreren Stellvertretern an die Spitze der Vereinigungen gestellt werden.

Französischer Neumerkantilismus

Die Reglementierung des französischen Kohlenmarktes — Merkantilistische Methoden auch in der Stickstoffpolitik

Die Einführung von Einfuhrzöllen für Kohle, die von der französischen Regierung in Aussicht genommen ist, bildet die Ergänzung einer Regulierung des inneren Marktes, die durch Vereinbarungen zwischen den Kohlegruben, anscheinend unter starker Mitwirkung der Regierung, vollzogen werden soll. Das Hauptstück dieser inneren Abmachungen bildet ebenfalls eine Absatzkontingierung. Es ist freilich nicht ganz klar, ob die einzelnen Gruben Absatzkontingente erhalten sollen oder nur die einzelnen Regionen. Jedenfalls befürchtet man, dass die nordfranzösischen Gruben, die den Hauptstamm der ausländischen Kohle auszuhalten haben, sich veranlasst sehen könnten, ihre Absatzverluste durch Eindringen in die Regionen der mittelfranzösischen Gruben wettzumachen. Bei der Schwäche dieser Gruben, die unter sehr ungünstigen Bedingungen arbeiten, wären die Folgen eines solchen Konkurrenzkampfes für sie verheerlich. Schon jetzt arbeiten sie nur 16—18 Tage im Monat, und es ist nicht zu bezweifeln, dass sie bei zunehmender Konkurrenz ganz schliessen müssten. Eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit möchte die Regierung aber vermeiden.

Von der Arbeitslosigkeit ist der französische Kohlenbergbau bis jetzt nur wenig betroffen: selbst im Mai wurden noch 288 000 Arbeiter beschäftigt gegen rund 300 000 zur Zeit der Hochkonjunktur 1929/30. Die Kurzarbeit nimmt natürlich zu, denn die Produktion geht weiter zurück: im Mai wurden in Frankreich nur 4 095 000 t Kohle produziert gegen 4 288 000 t im April. Arbeitstätig macht das 170 635 t gegen 171 536 t, resp. 184 864 t im Mai 1930. Die Kokszerzeugung stellte sich auf 398 000 t gegen 408 000 t und 426 000 t im Mai 1930. Die Räumung der wachsenden Haldenbestände, schon aus finanziellen Gründen notwendig, ist eines der Hauptziele der geplanten Marktregulierung.

Bei der Regulierung soll, wie versichert wird, sorgfältig vermieden werden, dass es zu einer Preissteigerung der Kohle kommt, auch den Beziehern ausländischer Kohle, die wegen der Einfuhrbeschränkung sich mit französischer Kohle werden begnügen müssen, soll dies zugesichert sein. Ob dies erreicht werden wird, muss als zweifelhaft bezeichnet werden. Die Stahlindustrie ist von der Reglementierung der Kohleinfuhr sehr wenig erbaut, obwohl diese in der Hauptsache gegen belgische, polnische und holländische Kohle gerichtet ist, die sich in der letzten Zeit dank starker Preiskonkurrenzen stark auf dem französischen Markt ausbreitet hat.

Es ist aber nicht zu verkennen, dass man vor einer neuen Phase des französischen Protektionismus steht. Nicht nur aus handelspolitischen, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen — um nämlich der französischen Wirtschaft den wichtigsten Brennstoff nicht zu verweigern — war es nicht möglich, die französische Kohleindustrie mit der üblichen Mitteln der Zollpolitik zu schützen. Darum ereift man zu einer staatlichen Einfuhrüberwachung, die einen viel stärkeren Eingriff in den freien Wirtschaftsverkehr bedeutet.

Es handelt sich dabei keineswegs um eine vereinzelte Erscheinung, denn für den Stickstoff wurde vor 2 Monaten mit der Einführung derselben Methode begonnen. Dank der durch den planlosen Ausbau entstandenen Überbesetzung hat die französische Stickstoffindustrie nur die Möglichkeit, etwa 35 Prozent ihrer Kapazität auszunutzen. Diese übersteigt ¼ Mill. t N jährlich, davon 90 Prozent in Sulfatverbindungen, während der Konsum auf dem Höhepunkt nur 200 000 t betrug, davon nur die Hälfte Ammoniumsulfat. Die Wirtschaftskrise hat nun einen Absatzrückgang um 25 Prozent zur Folge gehabt. Infolgedessen kann weder das staatliche Werk in Toulouse, noch die Privatindustrie leben: die Produktion jenes ist im Winter auf einen kleinen Bruchteil der Kapazität gesunken, diese musste darauf verzichten, einen grossen Teil ihrer neuen Anlagen in Betrieb zu setzen. Auch hier war es aber mit Rücksicht auf die Landwirtschaft nicht möglich, das Mittel des Zollschutzes anzuwenden. Man hat deshalb zunächst den Versuch gemacht, sich durch internationale Abmachungen im Rahmen der CIA den französischen Markt zu sichern. Als das nicht gelang, hat man am 8. Mai ebenfalls zu dem Mittel der Einfuhrzölle gegriffen.

Auch hier bilden interne Abmachungen die Ergänzung. Die Privatindustrie musste dem staatlichen Werk eine Absatzquote von 27 Prozent, mindestens aber 80 000 t Ammoniumsulfat jährlich garantieren. Ihr dagegen wird auf die Weise geholfen werden, dass sie

sich mit staatlicher Hilfe an die Produktion von Nitraten umstellt, die bisher fast ganz vom Ausland, hauptsächlich Chile, geliefert wurden. Und zwar beabsichtigt man, die Produktion an die hydroelektrische Industrie anzuschliessen, um deren ungenutzte Produktionskapazität auszunutzen; diese beträgt etwa 4 Milliarden kWh jährlich, wovon man die Hälfte zur Erzeugung von 50 000 t N in Nitratverbindungen ausnutzen zu können hofft. Die Industrie wird also ihre Anlagen mit Staatshilfe auf diese Erzeugung umstellen, wodurch deren Rentabilität gesichert wäre, während der Staat sich durch Einbehaltung der Zusatzgewinne, die die Kraftwerke durch die bessere Ausnutzung ihrer Anlagen erzielen, schadlos halten könnte. Tardieu erklärte kürzlich im Senat, dass bis zum Ende d. J. die Hälfte der französischen Ammoniumsulfaterzeugung auf Nitratumsetzung umgestellt sein wird. Nach Ansicht der Regierung wird die französische Stickstoffindustrie schliesslich mit 46 Prozent ihrer Kapazität arbeiten können.

Vor drei Jahren war Petroleum Gegenstand einer ähnlichen Behandlung, als man nämlich mittels Einfuhr- und Absatzkontingierung und zollpolitischer Massnahmen eine nationale Raffinadeindustrie hochzuzüchten suchte. Bedenkt man noch, dass der Handel mit Russland ein weiteres Anwendungsgebiet fiskalischer Methoden werden soll, indem, wenigstens nach gewissen Plänen, eine Art Aussenhandelsmonopol für ihn errichtet werden soll, so sieht man in Frankreich einen neuen Merkantilismus im Werden, der in seltsamem Widerspruch zu der von der Macht im Genf propagierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit steht. In Wahrheit entwickelt sich die französische Wirtschaftspolitik immer entschiedener in Richtung eines Protektionismus, der nicht nur jede wirtschaftliche Zusammenarbeit unmöglich macht, sondern die Freiheit des Wirtschaftsverkehrs in bisher nicht erreichter Weise beschneidet. Dabei ist es diesem Neumerkantilismus besonders deutlich anzumerken, dass er nicht rein wirtschaftlichen Interessen, sondern dem Aufbau einer Rüstungsindustrie dient.

Ein neues deutsch-erschlesisches Industriezentrum im Entstehen

Die Industrieanlagen im Kreise Gross-Strehlitz.

Im Kreise Gross-Strehlitz in der Provinz Oberschlesien ist z. Zt. ein neues Industriezentrum im Entstehen begriffen, das in erster Reihe durch den Bau der Kokerei der Gräflich Schaffgotsch'schen Werke gekennzeichnet wird. Die Schaffgotsch'sche Verwalt. hat als erste erschlesische Industrieverwaltung mit der Verlegung eines Teils ihrer Anlagen nach dem Oderthal (Deschowitz) begonnen, in der richtigen Erkenntnis, dass die unmittelbare Nähe der Oder für den Absatz der Kokereiprodukte günstigere Möglichkeiten eröffnet, als sie bei der Errichtung der Kokerei im fruchtungsunfähigen gelegenen erschlesischen Industriegebiet gegeben wären. Die Kokerei wird bereits am 1. Dezember d. Js. mit 60 Oefen, die auch für die Nebenprodukten-Gewinnung eingerichtet sein werden, in Betrieb genommen. Später sollen weitere 60 Oefen eingekauft werden. Es handelt sich bei den 120 Oefen Kokerei zur Verwendung kommenden Oefen von ganz moderner Bauart, Stil, die eine Höhe von 3,90 m aufweisen und bisher in Oberschlesien noch nicht verwendet worden sind. Die Kokerei bei Deschowitz soll der Verwertung der besonders koksartigen Kohle der Schaffgotsch'schen Kohlengruben in Deutsch-Oberschlesien dienen; in der Hohenzollern-Grube ist man bereits jetzt beim Abbau auf das koksartige Flöz gestossen. In der Kokerei werden zunächst etwa 250 Arbeiter beschäftigt werden.

Das zweite Industrieobjekt im Kreise Gross-Strehlitz, dessen Ausführung bevorsteht, ist die Errichtung der Bataschen Schuhfabrik bei Otmuth a. O. Insgesamt sollen im Laufe der Zeit 24 einzelne Fabrikgebäude, davon im laufenden Jahr zwei für die Batasche Schuhfabrik errichtet werden. Eine Fabrikhalle soll 80 m lang und 20 m breit und 4 Stockwerke hoch gebaut werden. Die landespolizeiliche Genehmigung für den ersten Bauabschnitt wird in Kürze erteilt werden; es sollen für den Bau nur deutsche Arbeiter beschäftigt und nur deutsches Material verwendet werden. Zunächst soll die Produktion von Gummischuhen aufgenommen werden. Die schlesische Fabrik von

Amerikanische Sparmethoden

Von Ludwig Godin

Dass Hoover ein ausgezeichneter Kaufmann sei, wusste man längst, denn er hat es während des Krieges und in den Nachkriegsjahren nicht nur in den USA, vielfach und hinlänglich bewiesen. Dass er auch ein kühner Konzeptionen fähiger Weltwirtschaftler sei, hat er jetzt bewiesen. Aber er wird jetzt seine alten Tugenden wieder hervorholen müssen, denn auch in den USA gibt es ein Defizit auszugleichen, das immerhin eine runde Dollarmilliarde beträgt. Der Weltwirtschaftsleiter Hoover muss also den sorgfältigen, nüchtern rechnenden Kaufmann zur Hilfe mit heranziehen, um seine wirtschaftspolitischen Konzeptionen stützen zu helfen.

Da haben nun die USA, bereits Erfahrungen, auf die sie wahrscheinlich mit grossem Nutzen werden zurückgreifen können. Der Rationalisierungsgedanke ist schon, als Europa noch nichts von Rationalisierung wusste, in den USA, in den Dienst der Ersparnispolitik in der Verwaltung gestellt worden. 1913 schon gab es das staatliche „Bureau of efficiency“, ein Büro, wo alle Methoden zur Vereinfachung, zur Normierung, zur Erzielung von Ersparnissen entwickelt werden sollten. Es stellte für unzählige Arten von Arbeitsleistungen Rekord-, Mindest-, Standard- und Zwischenstufen nach Menge und Güte auf; es schuf eine ausserordentlich vielseitige und feine Skala für die Beurteilung der Leistungen bei den denkbar verschiedensten Verrichtungen; es gab damit ein Grundschemata für die Verteilung der Arbeit, für die Einrichtung der Verwaltung, für die Modernisierung überlebter Ressorts.

Das allein hätte allerdings den gewünschten Effekt noch nicht zeitigt, zumal das Budget der USA, in den Kriegsjahren bis 1921 von 1 Milliarde auf 5 Milliarden Dollar angewachsen war. Hier war nach der Rückkehr zu normalen Verhältnissen unendliches Gestrüpp auszurotten, wofür neben dem vorerwähnten Büro ein Bureau of Budget im Juni 1921 geschaffen wurde. Es ist kaum zu hoch gerechnet, wenn man annimmt, dass dieses Bureau of Budget in seiner fast genau 10jährigen Tätigkeit den USA 16 bis 23 Milliarden Dollar erspart hat. Auf alle Fälle sank das amerikanische Staatsbudget dank der intensiven Arbeit des Bureaus of Budget und seines ersten Direktors, Dawes, des Vaters des nach ihm benannten Planes, binnen Jahresfrist um 1,8 Milliarden Dollar oder beinahe um ein Drittel. Dieser Erfolg weckte die sportliche Gesinnung der Amerikaner, und nun begann ein Verwaltungsressort mit dem anderen in Ersparnissen zu wetten. Dieser Wettstreit ist nicht die schwächste Wurzel der Prosperität gewesen und soll es nun wieder werden. Sollte sich dieses seltene Gewächs nicht vielleicht auch verpflanzen lassen?

Die ganze Kampagne stand keineswegs im Zeichen

verkrampfter Anspannung und dumpfer Verbissenheit blieb vielmehr ständig umspielt von der Heiterkeit sportlichen Kampfes. Ministerialrat Dr. Schäfer, der diese Sparpolitik der USA, in einer interessanten Broschüre dargestellt hat, erzählt darüber folgende Anekdote: „Als bis zum Jahre 1925 das Budget von 5,11 Milliarden auf 3,062 Milliarden herabgedrückt war, sagte der damalige Bürodirektor, General Lord: „Zwischen uns und dem Sieg stehen noch 62 Millionen Dollar, denn ein Budget von 3 Milliarden ist unser Ziel, 62 Millionen — das sind 2 Prozent. Wir gründen also einen „Zwei Prozentklub“. Alle Beamten und alle Staatsangestellten sollen ihm angehören können. An allen Ausgaben sollen noch mindestens 2 Prozent gespart werden.“

Die zugkräftigen Parolen des Clubs taten das ihre: Beginne im Kleinen, ende im Grossen! Reise weniger, kaufe weniger, verbrauche weniger, schreibe weniger, drucke weniger, verschende nichts! Untersuchungen des Dienstbereichs mit dem Mikroskop in der einen Hand, mit der Gartenschere in der anderen. Wenn Zweifel ist, ob weggeschritten werden kann, schneide! Entscheide überhaupt jeden Zweifel zugunsten der Steuerzahler, die uns bezahlen und deren Diener wir sind.

Hoovers besonderes Verdienst war es, darauf zu dringen, dass möglichst rasch und ohne kostspielige Formalitäten möglichst enge Bindungen zwischen Wirtschaft und Verwaltung hergestellt wurden. Ihm, der damals bereits einen ausgezeichneten Ruf besass, ist es zu danken, dass er die technischen Rationalisierungsmethoden in sehr weitgehendem Masse allen nur irgend dafür in Betracht kommenden Dienststellen und Verwaltungsmassnahmen zugute kommen liess. Als man sich darüber klar geworden war, dass der Normierungsgedanke — auch, und vor allem für die zahlreichen Bedürfnisse der Verwaltungsressorts noch bei weitem nicht genügend ausgebaut sei, ging man rasch entschlossen an die Arbeit, dezimierte die Zahl der Ziegelsteinsorten, der Bettstellen, der Milchflaschen, der Asphaltarten u. s. f. Ist es dem Laien oder sogar dem europäischen Verwaltungsbeamten vorstellbar, dass so etwas auf andere Weise geschieht als durch Ernennung einer vielköpfigen Kommission mit der entsprechenden Zahl von Unterausschüssen und im Verlauf einer endlosen Reihe von Sitzungen, Untersuchungen und Ausschussberichten? Nun — diese Aktion des Bureaus of Budget geschah unter Hoovers Leitung in einer einzigen Sitzung des Normierungsausschusses. Verdenken wir es also dem amerikanischen Staate überhaupt nicht, wenn er denkt und zum Ausdruck bringt, dass Europa sparsamer regiert und verwaltet werden könnte.

Bata soll sich auch dem Export, vor allem nach den nordischen Staaten widmen. Mit den Fabrikanlagen soll auch eine grosse Siedlung für die Arbeiter und Angestellten errichtet werden.

Eine weitere Grosssiedlung wird bei Strehlenow, das etwa 5 km von den Industrieanlagen entfernt liegt, errichtet werden. Im Rahmen der Osthilfe wird im Kreise Gross-Strehlitz die Eisenbahn von Gross-Strehlitz nach Kandrin errichtet werden; das Projekt wird in etwa 14 Tagen landespolizeilich aufgelegt werden. Mit dem Bau der Bahn wird frühestens im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden; die Vollendung des Baues soll innerhalb 1½ Jahren erfolgen, für den Fall, dass keine Unterbrechung in der Zuweisung der Mittel eintritt. Weiterhin wird aus Osthilfsmitteln neben verschiedenen Strassenbauten die Malapane-Brücke zwischen Malapane und Kolonowska gebaut werden.

Die neuen Leiter der Credit-Anstalt

Die österreichische Regierung hat in der Oesterreichischen Credit-Anstalt nunmehr die seit langem fälligen personellen Veränderungen verfügt. Der ehemalige Finanzminister Dr. Spitzmüller wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes und Generaldirektor ernannt. Als Direktoren wurden ihm zur Seite gestellt die von uns bereits angekündigten Herren Dr. Franz Rottenberg und Direktor Dr. Josef Joham. Rottenberg ist Generaldirektor der Oesterreichischen Kontrollbank in Wien und verbleibt auch weiterhin in dieser Funktion. Joham ist in Wien unbekannt, war aber bisher Leiter der Hauptbank für Tirol in Innsbruck.

Das als Ergänzung des Leitungsapparates geplante Rekonstruktionskomitee wird erst bestellt werden. Es finden gegenwärtig noch Verhandlungen über die Entsendung ausländischer Interessensvertreter in das Rekonstruktionskomitee statt.

Sowjetaufträge für den polnischen Bergbau

In der letzten Zeit wurden von der gemischten polnisch-russischen Handelsgesellschaft „Sowpolorg“ folgende Bergbauprodukte in Polen gekauft: 80 000 t Kohlen mit Lieferung nach den russischen Weissmerghäfen im Werte von rund 400 000 Dollar, 750 t Zinn für 60 000 Dollar und 1000 t Zink für 75 000 Dollar.

Durchführung des Kreditabkommens Steel Corporation - Lilpop, Rau & Loewenstein

Anfang Juli erhielt die Maschinenbaugesellschaft Lilpop, Rau & Loewenstein eine weitere, 1,2 Mill. Dollar hohe Rate des Kredits von 40 Mill. Dollar, der ihr von der Standard Steel Corporation zur Finanzierung der Waggonlieferungen auf Kreditbasis an die polnische Staatsbahn eingeräumt worden ist. Bisher hat die Gesellschaft à conto dieses Kredits etwa 8 Mill. Dollar erhalten.

Amerika und das Welt-Getreide-Problem

(W.K.) Die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten auf der Genfer Getreidekonferenz hat zu lebhaften Diskussionen Anlass gegeben. Französischerseits schreibt man diese Stellungnahme Amerikas dem Wunsch zu, seine Riesenvorräte vorläufig einmal ohne ausländischen Zwang abzusetzen. Die Anhäufung der amerikanischen Vorräte war seinerzeit zur Stabilisierung der Getreidepreise vorgenommen worden. Bei einer Gesamtmenge von 135 Millionen Zentner sollten nur 89 Millionen an den Markt gelangen. Dabei dachte man aber nicht im entferntesten daran, einfach weniger zu produzieren. Von einem definitiven Misserfolg dieser Vorratspolitik kann jedoch nach der Ansicht des französischen Getreidefachmannes Pierre Hallé nicht direkt gesprochen werden. Man sei aber nunmehr an dem Zeitpunkt angelangt, wo man ein Mittel zur Rückkehr zu normalen Zuständen, das sich vor allem auf Europa beschränkt, ausfindig machen müsse. Im März 1930 schien dies noch unmöglich. Für die neue Ernte wird sich aber wahrscheinlich ein Bedarf der Donauländer ergeben. Die Ueberseeländer haben übrigens eingesehen, dass eine Vorzugsbehandlung der Ausfuhr Mitteleuropas ihnen nicht schaden wird; Schwierigkeiten bestehen nur noch hinsichtlich der Art und Weise der Anwendung dieser Vorzugszölle.

Goldbewegung der Bank von England

Die Bank von England gab 400 000 Pfund Sterling Münzgold frei, kaufte 4326 Pfund Sterling Barrengold, exportierte 31 000 Pfund Sterling Münzgold und verkaufte 6291 Pfund Sterling Barrengold.

Märkte

Getreide. Warschau, 6. Juli. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in zt. Parität Waggon Warschau, festgesetzt. Roggen 28,25—28,75, Weizen 30—31, Einheitshafer 31—32, Sammelhafer 28—29, Grützergerste 28—28,50, Weizenluxusmehl 58—68, Weizenmehl 4/0 53—58, Roggenmehl nach Vorschrift 4½ bis 47, mittlere Weizenkleie 14—15, Roggenkleie 15,56 bis 16,50, Leinkuchen 27—28, Feld-Speiseerbsen 32 bis 35, Viktoriaerbsen 40—45, Blaupapieren 23—24, gelbe 33—34. Angebot und Umsätze sehr klein.

Danzig, 6. Juli. Letzte amtliche Notierung für 100 kg: Weizen, 128 Pfd. 16,50—16,75. Weizen, 124 Pfd. 16, Roggen, für Mühle 16,50—17, Roggen, nicht einwandfrei 15, Futtergerste 15,50—16, Hafer 18,50, Roggenkleie 11,75, grobe Weizenkleie 11,50, Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 7, Hülsenfrüchte 8.

Posener Viehmarkt.

Posen 7. Juli 1931.

Antrieb: Rinder 513, (darunter: Ochsen — Bullen —, Kühe —, Schweine 2482, Kälber 476, Schafe 151, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 8622.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt 95—107
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren 90—96
c) ältere 76—84
d) mäßig genährte 60—66

Bullen:
a) vollfleischige, ausgemästete ... 94—100
b) Mastbullen 82—90
c) gut genährte ältere 66—76
d) mäßig genährte 60—64

Kühe:
a) vollfleischige, ausgemästete ... 96—106
b) Mastkühe 80—90
c) gut genährte 62—68
d) mäßig genährte 40—50

Färsen:
a) vollfleischige, ausgemästete ... 96—106
b) Mastfärsen 86—92
c) gut genährte 70—80
d) mäßig genährte 60—64

Jungvieh:
a) gut genährtes 60—64
b) mäßig genährtes 54—58

Kälber:
a) beste ausgemästete Kälber ... 100—110
b) Mastkälber 90—96
c) gut genährte 80—86
d) mäßig genährte 60—70

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel ... 100—116
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe —
c) gut genährte —
d) mäßig genährte —

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht 132—136
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 128—136
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht 122—126
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg 114—120
e) Sauen und späte Kastrate ... 116—126
f) Bacon-Schweine 116—122

Marktverlauf: ruhig.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Getreide. Posan, 7. Juli. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań	
Transaktionspreise:	
Weizen 45 to	27.50
Richtpreise:	
Weizen	27.00-27.50
Roggen	24.50-25.00
Futterhafer	28.00-29.00
Roggenmehl (65%)	41.00-42.00
Weizenmehl (65%)	43.00-46.00
Weizenkleie	13.50-14.50
Weizenkleie (dick)	15.00-16.00
Roggenkleie	15.00-16.00

Gesamtstimmung: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Weizen 15 to, Weizenmehl 15 to.

Lemberg, 6. Juli. Börsenbericht. Marktpreise für 100 kg in Zloty Parität Lemberg: Einheitsroggen 26.50-26.75, Sammelroggen 26-26.25, Weizenluxusmehl 53-54, Weizenmehl 47-48, Roggenkleie 13.50 bis 14, Weizenkleie 12.25-12.75. Marktpreise Parität Podwoleczyska: Einheitsroggen 24.50-24.75, Sammelroggen 24-24.25, Buchweizen 31-32, Roggenkleie 13-13.50, Weizenkleie 11.75-12.25, Buchweizengrütze 58-60, Grützerste 58-59. Schwächeres Interesse bemerkte man für Roggen, was eine Preissenkung herbeiführte. Die anderen Getreideartikel hielten sich an das bisherige Niveau. Buchweizen, Buchweizengrütze und Grützerste zogen an, ebenfalls wurden Weizenmehl, Roggen- und Weizenkleie teurer. Tendenz: uneinheitlich; Marktverlauf: schwach.

Produktenbericht. Berlin, 6. Juli. Weiter matt. An den tendenzbestimmenden Faktoren des Produktmarktes hat sich auch zu Beginn des neuen Berichtsschnittes kaum etwas geändert. Die weiter günstigen Witterungsverhältnisse und damit im Zusammenhang die Erwartungen bezüglich einer frühen Ernte sowie die angespannte Kreditlage beeinträchtigen die Unternehmungslust der Käufer ganz erheblich, während andererseits das Offertenmaterial auch zur kurzfristigen Lieferung sich weiter verstärkt. Brotgetreide alter Ernte ist kaum abzusetzen, auch Roggen, der in der letzten Zeit ziemlich knapp war, kommt jetzt reichlicher heraus. Die Gebote lauteten fast allgemein 3 Mark niedriger, ohne dass nennenswerte Umsätze zustande kamen. Am Lieferungsmarkt eröffnete Weizen bis 2 1/2 Mark schwächer, Roggen war um 1 1/2 bis 2 1/2 Mark abgeschwächt. Weizen- und Roggenmehle haben schleppenden Absatz, obwohl die Mühlen zu Preiskonkzessionen bereit sind. Der Hafermarkt liegt weiter flau, auch neue Wintergerste ist nur sehr schwer abzusetzen.

Berlin, 6. Juli. Getreide und Oelsaat per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 249-250, Roggen, märk. 201 bis 203, Futter- und Industrieernte 165-196, Hafer, märk. pomm. 147-153, Weizenmehl 31.25-36.25, Roggenmehl 27.25-30, Weizenkleie 12.50-12.75, Roggenkleie 11.25-11.50, Viktoriabohnen 26-31, Futtererbsen 19-21, Peluschnen 26-30, Ackerbohnen 19 bis 21, Wicken 24-26, blaue Lupinen 16-17.50, gelbe Lupinen 22-27, Rapskuchen 9.30-9.80, Leinkuchen 13.30-13.50, Trockenschrot 7.50-7.70, Soja-Schrot 12.50-13.00. Handelsrechtl. Lieferungs-geschäft. Weizen: Juli 252, September 223 und Brief, Oktober 223.50-223; Roggen: Juli 184-182.50, September 177.50-175, Oktober 178-176; Hafer: Juli 159-157.50, September 142-141, Oktober 143-143.25.

Kartoffelnotiz. Berlin, 6. Juli. Speisekartoffeln: Deutsche Erstklasse 6.50-7.00. Eier. Berlin, 6. Juli. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte, Sonderklasse über 65 g 9/4, Klasse A 60 g 8/4, Klasse B 53 g 7/4, Klasse C 48 g 6/4, frische Eier Klasse B 53 g 7/4.

Eier zweiter Sorte 5 1/2-7 1/2, aussortierte kleine und Schmutzeier 5 1/2 Pig. - Auslandseier: Dänen 18er 9 1/2, 17er 8 1/4, 15 1/2-16er 8; Schweden 18er 9 1/2, 17er 8 1/4, 15 1/2-16er 8; Estländer 17er 8 1/2, 15 1/2 bis 16er 7 1/2-7 3/4, leichtere 7; Holländer 60-62 g 8 1/4 bis 8 3/4, Holländer 57-58 g 8, Rumänen 6 1/4-6 1/2, Ungarn 6 1/4-7, Russen, grosse 6 1/2-6 3/4, normale 6 1/4; Polen, abweichende 5 1/2-6, kleine mittel Schmutzeier 5-5 1/2 Pig. Witterung schön. Tendenz: ruhig. Metalle. Warschau, 4. Juli. Das Handelshaus A. Gerner, Warschau, notiert folgende Preise für 1 kg in Zloty: Bauxit in Blocks 6.00, Hüttenblei 0.95, Zink 0.90, Antimon 1.60, Hüttenaluminium 3.80, Kupferblech 3.20-3.70, Messingblech 3.00-3.90, Zinkblech 1.15.

Posener Börse		Fest verzinsliche Werte	
Notierungen in %:		7. 7.	6. 7.
8 1/2 % staatl. Goldanleihe (100 G.-zl)	44.50 G	43.00 G	
5 % Konvertierungsanleihe (100 G.-zl)			
10 % Eisenbahnanleihe (100 G.-zl)			
6 % Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)			
8 1/2 % Pfandbr. der staatl. Anstalt (100 G.-zl)			
7 % Wohn.-Oblig. d. St. Posan (100 Sch.-Fr.)			
8 1/2 % Oblig. d. St. Posan (100 G.-zl) v. J. 1929			
8 1/2 % Oblig. d. St. Posan (100 G.-zl) v. J. 1926			
8 1/2 % Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	91.00 +	91.00 B	
8 1/2 % Konvertierungsfand. d. P. Ldsch. (100 zl)	33.50 B	33.50 B	
8 1/2 % Amortisations-Dollarpfandbriefe			
Notierungen je Stück:			
6 1/2 % Rogg.-Br der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)		14.50 G	
3 1/2 % Posaner Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)			
3 1/2 % Posaner Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)			
4 % Posaner Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)			
3 1/2 % u. 4 % Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)			
5 % Prämien-Investitionsanleihe Ser. II (5 Dollar)			
8 1/2 % Hypothekenbriefe	83.00 G	82.00 G	

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse
Warschau, 6. Juli. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 9.00, Goldrubel 4.87, Tschernowetz 0.355 Dollar.
Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.79, Berlin 211.87, Budapest 155.76, Bukarest 5.31 1/2, Danzig 173.60, Helsingfors 22.46, Spanien 85.15, Holland 359.15, Kairo 44.53, Oslo 239.06, Riga 172.00, Sofia 6.47, Stockholm 239.35, Tallinn 237.80, Montreal 8.89.

Industrieaktien		6. 7.	4. 7.	6. 7.	4. 7.
Bank Polski	117.50	116.50			
Bank Dyskont.					
Bk. Handl. i. W.		100.00			
Bk. Zachodni					
Bk. Zw. Sp. Z.					
Grodzisk					
Puls					
Spies					
Strem					
Elekt. Dabz.					
Elekt. Czarnost.					
P. T. Elektr.					
Starachowice	9.00				
Brown Boveri					
Kabel i. Swiatlo					
Chodorow					
Cesak					
Cesactecio		31.00			
Goławice					
Michalów					
Ostrowito		37.00			
W. T. F. Cukr.					
Fisley					
Łazy					
Wysoka					
Sole Potasowe					
Drzewa					

Tendenz: etwas fester.

Fest verzinsliche Werte		6. 7.	4. 7.
5 1/2 % Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zl)	45.25	41.75	
5 1/2 % Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)		75.50	
10 % Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zl)	104.00	104.00	
5 1/2 % Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)			
4 1/2 % Prämien-Investitions-Anleihe (100 G.-zl)	85.00		
7 1/2 % Stabilisierungs-Anleihe			

Amtliche Devisenkurse		6. 7.	6. 7.	4. 7.	4. 7.
Amsterdam				358.25	360.05
Danzig					
Berlin		211.53	212.24	211.63	212.42
Brüssel		124.14	124.76	124.14	124.76
Helsingfors					
London		13.31	13.53	13.33	13.54
New York (Scheck)		8.902	8.942	8.902	8.942
Paris		4.86	35.03	4.85	35.03
Prag		26.38	26.50	26.38	26.50
Rom		46.63	46.87	46.62	46.86
Kopenhagen		238.44	239.64		
Stockholm					
Oslo					
Bukarest					
Budapest					
Wien		125.14	125.76	125.14	125.76
Zürich		172.53	173.39	172.44	173.30

Tendenz: uneinheitlich. Dollar fällt weiter.

Danziger Börse.
Danzig, 6. Juli. Reichsmarknoten 122.05, Dollarnoten 5.20 1/2, Scheck London 25.01, Zlotynoten 57.59.
Im heutigen Börsenverkehr notierte Scheck London 25.01, Reichsmarknoten 121.93-122.17, Auszahlung Berlin 121.85-122.09, Dollarnoten befestigt auf 5.1998 bis 2102, Zlotynoten 57.53-57.65, Auszahlung Warschau 57.52-57.64.

Berliner Börse
Börsenstimmungsbild. Berlin, 7. Juli. (R.) Die heutige Börse eröffnete natürlich, wie vorausgesehen war, in fester Haltung. Durch die gestern Abend erfolgte Einigung in Paris ist die Stimmung an der Börse wesentlich beruhigter geworden und man rechnet endlich mit einer Entspannung am Geld- und Devisenmarkt. Die zwar nicht bestätigten Auslandsmeldungen von einer Verlängerung bzw. Erhöhung des Rediskontkredites haben natürlich angeregt. Das Geschäft war zwar noch sehr ruhig und setzte sich meist aus Deckungen der Spekulation zusammen. Die ersten Kurse waren bis zu 5 Prozent fester, nur Nord-Wolle lag sehr schwach. Tagesgeld 8-10 1/2 %, sonst unverändert. Der Verlauf war nicht ganz einheitlich.

Industrieaktien		7. 7.	6. 7.	7. 7.	6. 7.
Anfangskurse 12 Uhr mittags.					
Oester Kredit				42.00	42.00
Reichsb. Neue	133.00	130.00			
Canada				17.00	
Accumulator					
Archeffeburg	58.00	56.50			
Berger, Tiefb.	190.00	185.00			
Berl. Karls. Ind.		38.50			
Chem. Heyden				28.87	
Ut. Kabelw.		57.25			
Ut. Eisenhd.	30.25	8.52			
Hackett, Draht					
Hobaslohe					
Nörting, Gebr.					
Lahmeyer					
Lehrschulte					
Saroth					
Schl. B. u. Zk.					
Süddtsch. Zuck.					
Zellat. Verein					
Stollb. Zuck.					

Tendenz: fester.

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr

Terminpapiere		7. 7.	6. 7.	7. 7.	6. 7.
ALDr. Kr. Anta.	85.75	86.00			
Bk. f. Brandst.		115.00			
Barmer Bank	98.25	98.25			
Bayr. Hypothk.	120.50	121.00			
Bayr. Vereinsb.	130.00	130.00			
Berl. Hla.-Vee.	103.50	103.00			
Com. a. P. Bk.	100.50	100.50			
Darmst. Bank	102.50	102.00			
Deutsche Bank	100.50	100.50			
Dresdner Bank	100.50	100.25			
A.G. f. Verkehr		46.50			
Ut. R.-Bahn	84.50	83.75			
Hamb. Amor.	46.25	45.25			
Hamb. Südam.	99.00	95.00			
Hansa	78.00	76.00			
Nordd. Lloyd	49.50	46.37			
Ako	79.50	76.25			
Bayr. Motoren	91.50	86.75			
Bernburg	46.25	43.75			
Bergmann	92.75	88.00			
Berl. Masch.-F.	71.50				
Buderus	35.50	33.00			
Charl. Wasser	44.00	38.75			
Cop. Hla.-A.	260.50	256.50			
Conti Cauteh.	36.50	34.75			
Daimler-Benz	24.12	23.50			
Dessauer Gas	113.50	110.00			
Dt. Erdöl-Ges.	68.00	62.50			
Dtsch. Linol.	59.00	58.50			
Dynam. Nobel					
El. Lief.-Ges.	103.50				
El. Licht u. Kr.	111.25	110.25			
I. G. Farben	133.00	128.00			
Feldmühle	100.50	98.50			
Felten u. Guill.	68.00	66.75			
Gelecek. Bgw.	71.00	68.50			
Ges. f. a. Unt.	108.50	103.00			
Goldschmidt		39.50			
Hab. Elkt.-W.		118.50			
Hagen. Baw.		61.00			
Hoesch		49.25			
Holzmann		75.00			
Ise Bergbau		144.00			
Kali Asch.		115.25			
Karstadt		28.50			
Klöcknerw.		51.50			
Köln-Neuss.					
Mannesmann					
Manf. Borgb.					
Maschinenbau		32.75			
Metallwaren					
Montecatini					
Nordd. Wollf.		116.25			
Nordsee		116.50			
Obstsch. Eis.-Bd.		29.50			
Obstsch. Kokaw.		62.00			
Orenst. u. Kop.		33.00			
Phönix Bghau		45.50			
Polyphon		116.50			
Rh. Braunkohl.		137.25			
Rh. Elkt.-W.		99.00			
Rh. Stahlf.		74.25			
Rh. Wstf. Elek.		111.30			
Rüttgerwerke		42.50			
Salzdetfurth		192.00			
Schell. Elkt.-W.		103.00			
Schub. u. Sals.		124.50			
Schuck. a. Co.		127.00			
Schulth. Pat.		133.00			
Siem. u. Halske					
Tietz Leonb.		82.00			
Ver. Stahlw.		43.50			
Westerges.		121.00			
Zellat. Walld.		65.50			
Otavi		19.00			

Ablös.-Schuld - - - - - 49.30 49.00

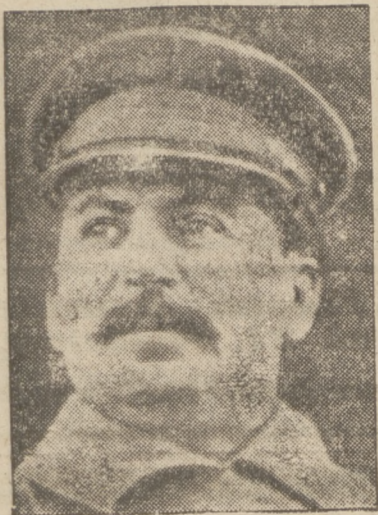
Ablös.-Schuld ohne Auslassungsrecht - - - - - 5.00 4.75

Ablös.-Schuld	49.30	49.00
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	5.00	4.75

Amtliche Devisenkurse				
	6. 7.	o. 7.	4. 7.	4. 7.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Bukarest	2.53	2.59	2.54	2.51
Buenos Aires	1.351	1.355	1.353	1.357
Canada	1.194	1.202	1.191	1.202
Japan	2.081	2.085	2.078	2.083
Kairo	21.01	21.05	21.00	21.04
Konstantinopel				
London	20.475	20.515	20.475	20.515
New York	4.209	4.217	4.208	4.217
Rio de Janeiro	0.319	0.321	0.321	0.323
Uruguay	2.158	2.162	2.148	2.142
Amsterdam	169.39	169.73	169.38	169.72
Athen	5.455	5.465	5.457	5.467
Brüssel	58.71	58.83	58.68	58.80
Budapest	73.43	73.57	73.46	73.60
Danzig	81.87	82.03	81.88	82.04
Helsingfors	10.593	10.613	10.593	10.613
Italien	22.06	22.10	22.05	22.09
Jugoslawien	7.435	7.449	7.433	7.447
Kaunas (Kowno)	42.01	42.09	42.00	42.08
Kopenhagen	112.72	112.94	112.71	112.93
Reykjavik 100 Kronen	92.35	92.53	92.35	92.53
Lissabon	18.61	18.68	18.64	18.68
Oslo	112.72	112.93	112.71	112.93
Paris	16.473	16.511	16.475	16.515
Prag	12.475	12.495	12.473	12.493
Schweiz	81.62	81.78	81.535	81.695
Sofia	3.047	3.053	3.047	3.053
Spanien	39.96	40.04	40.16	40.24
Stockholm	112.88	113.10	112.86	113.08
Wien	59.175	59.295	59.20	59.32
Tallin	112.04	112.26	112.04	112.26
Riga	81.09	81.25	81.09	81.25
Warschan				

Stalins Reformpläne

Moskau, 6. Juli. (United Press.) Stalin machte in einer Rede, die er auf einer Konferenz russischer Wirtschaftsführer hielt, eine Reihe von Vorschlägen zur Reform der Verwaltung der industriellen Unternehmungen der Sowjetregierung und zur Umformung der Arbeiter.



Systemwechsel in Sowjetrußland

Stalin,

seit dem Tode Lenins und der Verbannung Trozki der einzige Machthaber in Sowjetrußland, hielt auf einer Tagung der sowjetrussischen Wirtschaftsführer eine sensationelle Rede, in der er die bisher angewendeten radikal-kommunistischen Theorien abschwor. Die von Stalin geforderte neue Wirtschaftspolitik bedeutet den Sieg der privatkapitalistischen Grundzüge im Wirtschaftsleben Sowjetrußlands.

Stalin verlangte eine volle Durchführung der Reformen, damit der Arbeitswille und das Verantwortungsgefühl eines jeden Arbeiters und Fabrikleiters gestärkt werde. Auch sollten die jetzigen Verwaltungsmethoden, die schwerfällig seien, vereinfacht werden. Einige der Vorschläge Stalins sind nicht neu, vielmehr sind sie in seiner Rede nur ausgebaut worden.

Stalin verlangte unter anderem einen Ansporn der Arbeiter durch höhere Bezahlung der Facharbeit. Ferner sollen die großen schwerfälligen Trusts in kleinere Unternehmungen aufgeteilt werden, um eine bessere Überwachung zu ermöglichen und den einzelnen Leitern eine größere Verantwortung zu geben. Weiter soll der Gebante der kollektiven Verwaltung von Industrieunternehmungen zugunsten der Einzelverwaltung aufgegeben werden. Die Arbeiter müßten ganz streng für ihre Maschinen und für ihre Werkzeuge verantwortlich gemacht werden.

Wo die Fünf-Tage-Woche zur Verantwortungslosigkeit Anlaß gegeben hätte, ist nach Stalins Ansicht eine Aufhebung zugunsten der alten Sieben-Tage-Woche gerechtfertigt.

Es müßten stärkere Anstrengungen gemacht werden, um eine Intelligenz der Arbeiterklasse heranzubilden. Keine herrschende Klasse könne ihre Herrschaft ausüben, ohne über eine eigene Intelligenz zu verfügen. Gleichzeitig bestand Stalin darauf, daß die Verfolgung des Teiles der früheren bürgerlichen Intelligenz aufhöre, der sich loyal der Sowjetregierung zur Verfügung gestellt habe.

Schließlich müsse die Schwerindustrie sich reorganisieren und Betriebsmittel durch Einsparung von Ausgaben und durch verantwortlichere Leitung der Unternehmungen.

Stimmen aus der Sowjethölle

Das Elend der in die sibirischen Arbeitslager abgeführten deutschen Bauern aus Rußland ist unbeschreiblich. Der Schrecken der Zwangsarbeit des allmählichen Hungertodes steht vor ihnen. Wir erhalten die zwei folgenden Briefe, die uns von befreundeter Seite zu gehen, und die wir unsern Lesern hiermit zur Kenntnis geben:

„Morgen wird wieder ein Transport nach Sibirien und Sibirien geschickt werden!“ Wie ein Blitz aus hellem Himmel schlug diese Nachricht in die Herzen der 1500 Gefangenen. Ein furchtbarer Schreck legte sich auf jeden, eine dunkle Vorahnung von etwas Entsetzlichem. Der Morgen tagt. Ein Offizier betritt unsere Zelle, wo mehr als hundert Mann zusammengepfercht sind. In seiner Hand hält er die Risten, die die G. P. U. aus Moskau geschickt hat. Eine unheimliche Stille herrscht. Jeder lauscht mit zitterndem Herzen und angehaltenem Atem auf seinen Namensruf. Längere Verhannungszeit und Gründe des Urteils. Ich befand mich auch unter den wartenden Unglücklichen. Neben mir stand mein ergauter Vater. Mit welchem Gesicht erwarteten wir unser Schicksal. Plötzlich ertönte der Ruf: „S. — Vater und Sohn. Nach Sibirien ins Konzentrationslager.“ Mein Vater hielt sich an der Wand fest und weinte leise. Und so tat jeder. Sie weinten, oder eine unfassbare, maßlose Freude ergriff sie, die aber bald bitteren Tränen Platz machte. Am Schluß hieß es, daß morgen tausend Mann forttransportiert werden sollten. Und warum? Weil sie die reichsten Besitzer von zwei Pferden und zwei Kühen gewesen waren. Aber hauptsächlich, weil sie ihrer Religion und Kirche nicht flüchten, sondern sie ehren wollten. Wir erhielten die Erlaubnis, von unseren Lieben Abschied zu nehmen. Meine Mutter und die beiden Schwestern kamen, uns zu be-

suchen. Mein Vater ging zuerst zu ihnen. Nach zehn Minuten kam er bitterlich weinend wieder. Dann durfte ich die durch das Gitter sehen. Mutter konnte vor Tränen überhaupt nichts sagen. Von den Schwestern hörte ich, daß sie vor zwei Monaten zu anderen Leuten gezogen seien. Man hatte ihnen alles genommen. So kam die letzte Nacht heran. Als unsere Feinde uns verlassen hatten, fielen alle Gefangenen wie ein Mann auf ihre Knie und schrien zu dem einen großen Gott, der allein Hilfe in allem Jammer gewährt.“

Ein verächtlicher Bauer schreibt seinen Verwandten in Amerika: „Ich teile Dir mit, daß ich noch am Leben bin. Ich befinde mich in Sibirien in den Sümpfen, wo man nicht frei herumgehen kann. Im Sommer schaffen wir aus dem Feld und zum Winter treiben sie uns in den Wald, wo wir Holz fällen müssen. Ich befinde mich eben in der Gefangenschaft, und was man von mir verlangt, daß muß ich tun. Es sind schon zehn Monate, daß ich mich von zu Hause wegbrachte, und ich weiß nicht, weshalb ich diese zehn Monate so leiden mußte. Man hat mich bis jetzt nicht gelast, warum man mich verschickte. Ihr wißt ja, wie ich früher gearbeitet habe und was ich in der Wirtschaft hatte. Ich erhielt von Friedrich einen Brief, in dem er schreibt, daß meine Wirtschaft gänzlich ausverkauft ist und auch die Johanna nach Sibirien verschickt wird. Wo aber die Kinder sein werden, das weiß ich nicht. Ich danke Euch, daß Ihr mich nicht vergessen habt, ich würde mehr schreiben, aber die Arbeit läßt es nicht zu. Mit meiner Gesundheit steht es ganz schlecht, und ich fürchte, ich werde die Meinigen nicht mehr wiedersehen. Schickt mir ein Kuvert mit Eurer Adresse drauf, denn hier ist nichts zu bekommen.“

Die letzten Telegramme

Der Flug um die Welt

Washington, 7. Juli. (R.) Die beiden Weltflieger Post und Gatty hielten gestern auf Einladung der Bundeshauptstadt einen geradezu triumphalen Einzug in Washington. Die Flieger wurden vom Präsidenten Hoover empfangen und zum Frühstück geladen.

Edward Acheson gestorben

New York, 7. Juli. (R.) Der Erfinder des Carborundum (Silicium Carbide) Edward Acheson ist gestern Abend im Alter von 77 Jahren gestorben. Er war seinerzeit Mitarbeiter Edisons und hatte zahlreiche internationale Kreise für seine Forschungsarbeit und seine Erfindungen interessiert.

Eine Spionageorganisation entdeckt

Warschau, 7. Juli. (R.) An der polnisch-litauischen Grenze im Wilnagebiet entdeckten die polnischen Behörden eine große Spionageorganisation. 11 Personen wurden verhaftet. Die Behörden verweigern jede Auskunft darüber, ob die Verhafteten im litauischen oder im russischen Dienst gestanden haben.

Streik in Barcelona

Barcelona, 7. Juli. (R.) In der nordspanischen Hafenstadt Barcelona ruht die Hafenarbeit infolge Streikaktionen zwischen den Unternehmern und Arbeitern über die Art der Arbeitsvermittlung. Wie bekannt wird, streikt in Barcelona auch das Telefon- und Telegraphenpersonal.

Abgefuhrtes Flugzeug

Paris, 7. Juli. (R.) In den französischen Alpen in der Nähe des Mont Blanc wurde ein herrenloses Flugzeug gefunden, dessen Fahrgast vollständig zertrümmert war.

Touristen, die diesen Fund machten, glaubten an der Unfallstelle auch Blutspuren feststellen zu können. Von den Fliegern selbst fehlt jede Spur.

Der spanische Verfassungsentwurf

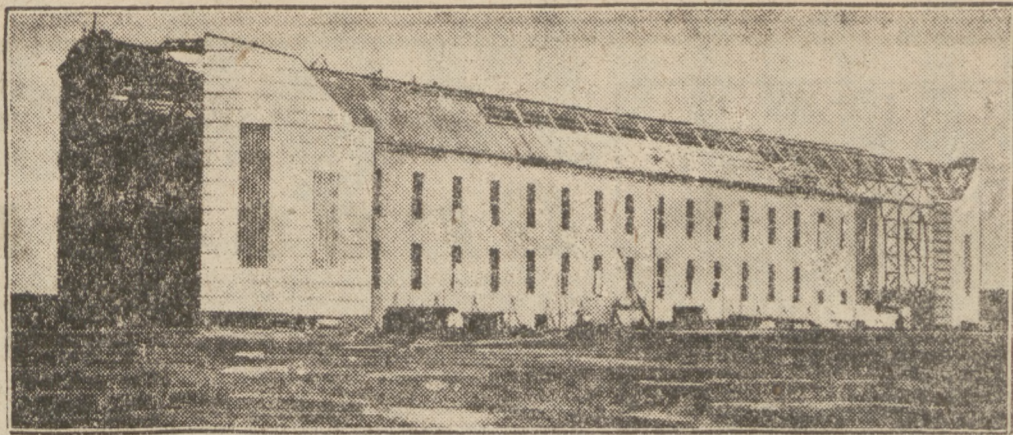
Madrid, 7. Juli. (R.) Die juristische Kommission, die mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes beauftragt war, hat diesen nunmehr der Regierung überreicht.

In einigen Punkten ist eine Abänderung am Entwurf, den ein Unterausschuß ausgearbeitet hatte und über den bereits berichtet wurde, vorgenommen worden. So werden beispielsweise die Gemeinden und Provinzen im gesetzlich vorgezeichneten Rahmen autonom sein.

Die Gesetze der Republik sollen in den autonomen Gegenden durch regionale Behörden ausgeführt werden. Die Cortes werden auf Vorschlag der Regierung jedes Jahr das Militärkontingent festsetzen. Der Senat soll 250 Mitglieder umfassen, die wie folgt gewählt werden: 50 durch die Provinzen oder Gegenden, 50 durch die Vertreter der Arbeiter aus Landwirtschaft, Industrie und Handel, 50 durch die Vertreter der Arbeitgeber, 50 durch die Vertreter der einen freien Beruf ausübenden Personen, 50 durch die Universitäten, Unterrichtsanstalten und religiösen Vereinigungen. Die Verfassung soll auf Antrag von 25 Prozent der Bewohner abgeändert werden können.

80 Tote bei Unruhen in Korea

London, 7. Juli. (R.) Nach einer Reuters-Meldung aus Tokio sind bei den antijapanischen Ausschreitungen in Korea in den letzten Tagen 80 Chinesen getötet und 170 verletzt worden. Etwa 4000 Chinesen, darunter auch Frauen, haben in den Gebäuden der Post, Polizei, des Herzoglichen Instituts und einer Lebensmittelfabrik Zuflucht genommen. Die Unruhen dehnen sich über die ganze Provinz aus.



Die neue Zeppelinhalle in Friedrichshafen

geht nunmehr, wie unser Bild zeigt, ihrer Vollendung entgegen. Sie faßt 900 000 Kubikmeter Rauminhalt und wird die größte Luftschiffhalle des europäischen Kontinents sein.

Aus der Republik Polen

Die Protestaktion der Beamten

Warschau, 7. Juli. (Eig. Telegr.)

Nach dem Beschluß des obersten Ausführungskomitees der Beamtenverbände sind einzelne Beamtenverbände energisch an die Vorbereitung einer gemeinsamen Protestaktion gegen die Gehaltsherabsetzung herangetreten. Wie die Oppositionspresse zu melden weiß, herrscht in den Beamtenkreisen allgemein die Ansicht, daß bei Zwecklosigkeit der Anwendung aller legalen Mittel, die Beamten endgültig zum Streik greifen müßten. Selbst der der Regierung nahestehende Beamtenverband habe sich bereit erklärt, sich der Aktion des Hauptkomitees der Beamtenverbände anzuschließen und seine Anweisungen auszuführen. Die größte Sorge der Regierung sind bei der Protestaktion bekanntlich die Eisenbahner. Die Eisenbahnverbände haben jedoch eine Kundgebung veröffentlicht, in der sie zu engem Zusammenhalt und zu weiterem Zusammenhalten bei der Protestaktion auffordern. In der Kundgebung heißt es, daß die Eisenbahner sich zu dem Kampf um die Verbesserung ihres Daseins vorbereiten müßten. Nur die Solidarität aller könne etwas erreichen.

Allgemeine Beachtung hat gefunden, daß — wie der „Robotnik“ zu melden weiß — den militärischen Verbänden der Eisenbahner in diesen Tagen an einigen Stellen Polens Waffen abgenommen worden sind.

Flugzeugunglück in Warschau

Warschau, 7. Juli. (Eig. Telegr.)

Gestern vormittag übten über dem Weichbild der Stadt Warschau zwei Militärflugzeuge. Das eine der beiden Flugzeuge begann plötzlich in der Luft zu schwanzen und stürzte in die Straßen Warschaws ab, glücklicherweise ohne Passanten zu verletzen. Lediglich ein Gebäude wurde beschädigt. Wie das Kriegsministerium mitteilt, ist die Ursache der Flugzeugkatastrophe die, daß der Fallschirm des einen Piloten sich in der Luft entfaltete und der Pilot aus dem Flugzeug gerissen wurde. Dadurch wurde das Steuer beschädigt und das Flugzeug stürzte ab. Beide Piloten konnten sich durch Fallschirm retten, erlitten jedoch Verletzungen.

Nach den spanischen Wahlen

Das Ergebnis der Wahlen zu den verfassunggebenden Cortes in Spanien hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Ergebnis der ersten Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vom Januar 1919. In beiden Fällen haben die Parteien, von denen der Umsturz ausgegangen ist, im ersten Anlauf eine parlamentarische Mehrheit für sich erlangt. Das besondere Kennzeichen der spanischen Wahlen ist die Tatsache, daß die Sozialisten mit über hundert Mandaten die stärkste Partei geworden sind. Ihnen folgen unmittelbar die an der Führung des gegenwärtigen Außenministers Verrour stehenden Radikalen, dann die republikanische Gruppe unter Alcalá Zamorra und nach ihnen die Radikal-Sozialisten. Die Benennung der Parteien ist zum großen Teil den französischen Verhältnissen entlehnt. Die oppositionellen Gruppen der Rechten und der extremen Linken sind völlig verschwunden. Das von der Regierung erlassene Wahlgesetz bestimmte vor vornherein, daß 80 von Hundert der Mandate den Mehrheitsparteien und 20 von Hundert der oppositionellen Minderheit zugeteilt werden sollten.

Das bedeutete von vornherein eine Ausschaltung mäßiglicher Gruppen von rechts und links. Das enfant terrible der spanischen Revolution ist der bekannte Fliegeroffizier Major Franco, dessen Spezialität darin besteht, gegen jede spanische Regierung Fliegeraufstände in Szene zu setzen. Er steht in den konservativen Elementen die Gegner einer radikalen Republik. Aber selbst wenn man von seinen wiederholten Sonderaktionen abliest, so bleibt die Gestaltung der neuen Regierung und das Schicksal der jungen spanischen Republik noch völlig ungewiß. Auf das Gerücht, daß Verrour die Bildung der neuen Regierung übernehmen würde, ist in den Kreisen der Sozialisten eine außerordentlich starke Erregung entstanden. Sie wollen sich unter keinen Umständen an einer Regierung beteiligen, die von einem bürgerlichen Ministerpräsidenten zusammengestellt und geführt wird. Bei diesem Widerstand von Seiten der stärksten Partei steht zu erwarten, daß der Führer der gegenwärtigen provisorischen Regierung Alcalá Zamorra, der Leiter der gemäßigten republikanischen Partei, die neue Regierung nicht übernehmen wird.

Die Frage der Regierungsbildung wird eine Probe auf die Möglichkeit einer praktischen Zusammenarbeit der republikanischen Parteien darstellen. Man sieht ihr allenthalben mit größter Spannung entgegen. Die Linke will sich ihren Wahlerfolg nicht wieder entgehen lassen. Die Entwicklung, die das politische Leben in Spanien in dem vergangenen halben Jahre genommen hat, treibt das Land dem Radikalismus zu. Die Gemeindevahlen brachten die erste Ueberrumpfung: die Ueberrumpfung der monarchistischen Parteien, die den Rücktritt des Königs zur Folge hatte. Kaum hatten sich die Republikaner provisorisch eingerichtet, da sahen sie sich bei den Corteswahlen bereits von der Sozialdemokratie überholt. Die radikalen Elemente haben es vor allem abgesehen auf die Niederwerfung des Großgrundbesitzes, des Einflusses der Kirche und der katholischen Orden, vor allem aber auch auf die Ausschaltung der alten Bürokratie. Das bringt sie mit dem Kommunismus in nahe Berührung, und es hat den Anschein, als ob es den kommunistischen Elementen trotz des Mitterlozes bei den Cortes-

wahlen doch gelingen würde, bald einen nicht unbedeutenden Anhang zu gewinnen. Dabei ist nicht etwa an eine Einflussnahme auf die Regierung gedacht. Aber nachdem die Stützen des alten Regimes, Monarchie und Kirche, niedergeworfen worden sind, ist es auch mit der inneren Stabilität der politischen Verhältnisse vorbei, und niemand kann heute versichern, daß die nächsten Monate in Spanien keine Uebertragungen bringen werden.

Aus anderen Ländern

9 Tote bei einem Bootsunfall in Kanada

Ottawa, 6. Juli. (R.) Auf dem Ottawa-Flusse ertranken gestern bei einem Bootsunfall in der Nähe der Stadt 9 Personen.

Flugzeugunglück in Kalifornien

Long Beach (Kalifornien), 6. Juli. (R.) Bei einem Flugzeugabsturz wurden gestern 6 Personen getötet.



Cilly Aufem (links) und Hilde Krahwinkel

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Tusch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaenicke. Für den abgegrenzten redaktionellen Teil und für die literarische Beilage: Die Zeit im Bild: Alexander Tusch. Für die Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Polen-Tagblatt“, Druck: Concordia Sp. Aka. Gedruckt in Polen, Zwettzmitzka & Co.



Geschäftshaus ul. Woźna 12
Ecke Wielkie Garbary
(2 Minuten vom Alten Markt)
Eigentum der Firma K. Kużaj

Am 1. August d. Js. verlegen wir unser Teppichgeschäft von ul. 27. Grudnia in riesengrosse Räume unseres eigenen Geschäftshauses nach **ul. Woźna 12** Ecke Wielkie Garbary. — Unsere grossen Vorräte müssen bis zum Umzug möglichst verkleinert werden, weswegen wir bis Ende Juli einen

Grossen Ausverkauf

veranstalten. Ein jeder sollte diese Gelegenheit wahrnehmen, da die Preise beispiellos zurückgesetzt werden. —

Wir erteilen für die Zeit des Ausverkaufes folgende Erlasse:

Bei regulären Waren bis **20%**.

Bei leicht beschädigten Gegenständen u. Resten **30 bis 50%**.

Partie feingeknüpfter Smyrnateppiche erstklassig. Qualität statt 160.— zł nur **120.— zł** für ein Quadratmeter.

Partie erstkl. Kelims in originellen Volks- und stilisierten Motiven statt 80.— zł nur **49.— zł** für ein Quadratmeter.

Grösstes Spezialhaus in Poznań.

Kazimierz Kużaj

Teppich - Zentrale ul. 27. Grudnia 9.

Teppiche, Kelims, Läuferstoffe, Möbel- u. Dekorationsstoffe, Überwürfe, Decken u. ä.

Gilangebot!

2 Grundstücke, von 85 u. 100 ha Größe, mit besten Wiesen, Weizen- und Rübenboden, Herdbuchvieh, gutem, überkommenem Inventar u. erstklassigen Gebäuden, veränderungslos sehr günstig bei kleiner Anzahlung zu verkaufen. Restzahlung bei billiger Zinsfuß 10 Jahre fest.

Landwirtschaften, v. 10—300 ha groß, mit u. ohne Geschäft, groß. Kolonialwaren, Küchengeräte, Eisen, Holz- u. Kohlenhandlung, gemischt. Kaufhaus im groß. Kirchhof, Fleischerei mit elektr. Anschluß u. Eiseller, alleine am Orte von 1000 Seelen, sowie anderes mehr habe ich an der Hand zum Verkauf. Käufer zahlen keine Provision. Mein Auto steht zur Verfügung. der Kaufpreis frei zur Verfügung.

Heinrich Penner, Neumünsterberg 27.
Freie Stadt Danzig. Tel. Schöneberg 27.

JACK
Lockruf des Goldes
ein herrlicher Abenteuer-Roman
LONDON

In allen Buchhandlungen.
Auslieferung durch die
Kosmos Sp. z o. o.
Groß-Sortiment
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Herrschaftliches Hausgrundstück

in Kreisstadt, Gymnasium, Gas, Wasserleitung, Kanalisation, 4-Zimmerwohnung sofort frei, mit angenehmem Produktionsunternehmen oder ohne dieses, wegen Abreise aus poln. Hand zu verkaufen. Feuerversicher. über 200.000 zł. Preis 120.000 zł. Größere Anzahl. erforderlich. Off. u. 1500 a. d. Gf. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Blaulupinen

in Waggonladungen, auch in kleinen Mengen hat abzugeben
Mag Wambec, Rogoźno, Telefon 34.

Brennholz!

Eichen-, Birken-, Erlen-, Kiefern-, Tannen-Holz waggonweise zu äußerst billigen Preisen.
Dom. Pniowy-Zamel.

Mittagstisch

Guter Privat- in Zentr., ab sof. gesucht. Off. mit Preisang. u. 1503 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dampflokomobile

12—15 HP., gut erhalten, kauft gegen bar. Offert. u. 1495 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

15 Morgen Land, Berg u. Wald, in schöner Lage, Nähe Mosina, geeignet für Landwirtschaft, ganz oder teilweise erbschaftshalber zu verkaufen. Offerten unter 1490 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6, erbeten.

Grundstück m. großem Hofplatz u. groß. massiv. Lagergebäude, für Getreidehandel, landw. Maschinen geeignet, z. verk. **Gutsche, Grodzisk, Wlkp.**

Alteingeführtes

Kolonialu. Eisenwarengesch. in groß. Dorfe, Bahnst. gel. sof. zu verkaufen. Erforderl. ca. 11—14.000 zł. Off. u. 1485 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Sch. Suche ein gebild., hübsch., gesund., jung., dtsch. Mädchen mit gutem Charakter, perfekt i. dtsch. Sprache u. Schrift als **Sekretärin** mit wirtsch. Fähigkeiten. Bildsch. mit Altersang. an **Dr. Mehl, Kaufm.** Sachsen-Deutschland Villa Heimchen/Schulke.

Deutsch. Hausmädchen

mit etwas Kochkenntn. für kl. Stadthaus für alle Arbeiten wird per 15. Juli 1931 gesucht. Melb. mit Zeugnisabschr. u. Alters- u. Gehaltsang. u. 1497 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Man beachte:

Angeboten, die auf Grund von Chiffre-Anzeigen erfolgen, sind niemals Originalarbeiten oder sonstige wertvolle Unterlagen beizufügen, da wir keinerlei Gewähr für die Wiedererlangung bieten können. **Alleinige Anzeigenannahme f. d. Posener Tageblatt Kosmos, Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.**

Felgen u. Speichen

(Rotbuche) (beste Steineiche) ebenso Bügelfelgen für Kutschwagen aller Stärken, alles erstklassige trockene Ware liefert
E. THORENZ, Pogorzela, Tel. 15.

Deering - Eckert

Getreidemäher
Vorderwagen
Schleifsteine
Pferderechen
Ersatzteile zu allen Mähmaschinen
offertiert

Woldemar Günter

Landmaschinen
Poznań, Telefon Nr. 52-25
Sew. Mielżyńskiego 6.

Zurückgekehrt

O. Lüneburg Dentist

Aleje Marcinkowskiego 6. Tel. 24-65
jetzt Hofeingang links parterre.

Bücherrevisor, Steuer- und Finanzierungsspezialist

übernimmt billig deutsch-polnisch: Buchrevisionen, Bilanzanzen, Steuer-Deklarationen und Reklamationen, Geschäftsführungen u. Sanierungen usw. Off. erbeten u. 1287 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

50.- oder 60.- zł
kosten 50 Mtr.
Drahtzaungeflecht,
1 m hoch, best. verzinkt, mittelkräftig.

2.0 mm oder 2.2 mm Stärke
mit Einfassung 11 zł
mehr, 50 m Stacheldraht 7.50 zł.

Liefere jede Höhe.
Nachnahme.

Frachtfrei

nach jeder Vollbahnstation
Drahtgeflechtfabrik
Alexander Maennel
Nowy Tomysl W.5.

Bettfedern billiger!
Oberbetten, Kissen
Unterbetten!

Prima Inlets!
Stegbetten prima zł 22
Damastbetten
div. Farben zł 37.50

Hyg. Bettfedernreinigung.
Anstalt jeden Tag
im Betrieb.

Emkap, Poznań
ul. Wrocławska 30.
Tel. 5803.



Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett) ----- 30 Groschen
jedes weitere Wort ----- 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenheines ausgefolgt.

Zimmer

gut möbl., elektrisch. Licht 35 zł monatl. Ww. Maniowska Dolna-Wilda 79.

Zimmer

sonnig, gut möbl., zu verm. Poznań, Prusa 21, III Tr.

Zimmer

besser möbl., für 14 Tage sofort gesucht. Off. m. Preisang. u. 1458 a. d. Gf. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer

möbliert, für 1 od. 2 Herren. Rega 3, Gartenhaus, W. 12.

Front-Zimmer

sonnig. Grudnia 19, W. 11.

Möbl. Zimmer

an best. sol. Herrn zu vermieten. Słowackiego 35, Eingang Prusa, Wobog. 17.

Zimmer

gut möbliert, zu vermieten. Schwiejska 1, III, rechts (Eingang Strzelecka).

Zimmer

frei. Działynskich 2, W. 7.

Komfortable

3-Zimmer-Wohnung sofort vom Hauswirt. vermietbar. Neubauten Warzawista. Off. u. 1484 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zimmer

elegant, mit Betöstig., sofort zu vermieten. Wazy Zygm. Starego 6, II, links.

2 Zimmer

u. Küche mit Möbel gebe sofort ab. Słusarska 2 I. Treppe, Wohnung 13.

Zimmer

klein und fröhlich, in gutem Hause zu verm. Prusa 2. Hochpt. rechts.

Zimmer

leeres, evtl. möbl., m. Kochgelegenheit (nur Lazarus), suchst Ehepaar (Beamter). Off. u. 1502 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Verpachtung.

Verp. od. verk. zum 1. Okt. meine in Neudorf b. Landsberg a. W. geleg. 182 M. groß. Landwirtschaft, zum Teil 2 u. 3 M. Bod. Off. u. 1424 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Danzig-Oliwa

in mod. Villa — Nähe Strand — möbl. Zimmer zu vermieten. Schmidt, Bachstraße 13.

Bücherschrank

gebraucht, mit oder ohne Bücher, deutsche u. polnische zu kaufen gesucht. Off. u. 1471 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Planwagen

4 bequeme Sitze, guterhalt., gesucht. Off. unter 1459 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Möblierte Zimmer

vermieten Sie schnell u. billig durch die „KLEIN-ANZEIGEN“ im Posener Tageblatt.

Briefmarkensammlung u. Bibliothek

beides sehr reichhaltig und viele Tausend Dubletten, sofort zu verkaufen. Preis 10.000 zł. Vermittler ausgeschrieben Offert. u. 1466 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Walzenstuhl

300x400, gebraucht, und 2 Reserve-Walzen dazu, per Kasse zu kaufen ges. Billigstes Angebot an **Motormühle Zacznowo**, p. Borujzyn.

Junges Mädchen

für leichte Hausarbeiten, nur vorm., nach Lazarus gesucht. Off. u. 1501 a. d. Gf. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Suche

Verwalter- od. Portierstelle. Szawajcarska 15. Wohn. 6.

Landwirt

35 J., evgl., verh., in a. Zweigen der Landwirtschaft erfahren, sucht Stellung als Wirtschaftler auf gr. Landwirtschaft oder kl. Gut. Gesl. Angebote u. W. K. 1486 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Landw. Beamter

ledig, 34 Jahre alt, Landwirtsch. Schule, Prag. Haus- u. Buchführung deutsch-polnisch perfekt, f. Stellung. Offerten an Storański, Rejno Wlk., Łaziebna 3.

Klavier

sofort zu kaufen gesucht. Offert. m. Preisangabe u. 1448 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kinderwagen

gut und billig. Gumy, Grudnia 15 (Hof).

Landw. Beamter

tätig, erfahren, unverh., mit besten Zeugnissen und persönl. Empfehlung, sucht Stellung. Off. an „Par“ Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11 unter Nr. 55, 370.

Alleinmädchen

mit Kochkenntnissen für kleinen Haushalt mit klein. Kind. Ort Nähe Posen, zum 15. Juli gesucht. Off. u. 1468 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kaufe

in Umgebung von Poznań ein Hauschen und einige Morgen Land als Sommerwohnung. Off. u. 55, 436 an „Par“, Al. Marcinkowskiego 11.

Den grössten Kunden-

KREIS

erzielen Sie durch ein Inserat im Posener Tageblatt

Schlosser

evangelisch, 26 Jahre alt, 1 1/2 Jahr ohne Stellung, sucht Beschäftigung gleich welcher Art. Gest. Off. unt. 1484 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nähe

sehr billig. Off. unt. 1442 an die Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Hauschneiderin

mit guten Empfchl., fertigt el. g. Damen- u. Kindergarderobe u. Wäsche. Gest. Ang. u. 1496 a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Molkereilehrling

Suche für meinen Sohn, 17 Jhr. alt, evgl., Stellung. Off. u. 1446 an die Geschäftsst. dieser Zeitung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten

26 000 zł

auch teilweise, auf Hypothek gebe ab. Off. unter 1455 an die Geschäftsstelle d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Hobel- und Spundmaschine

zu kaufen gesucht. Schwarz, Wlozkatowice, pow. Leszno.